



# Demokrat

Postfachamt 57344.  
Fischenstr. 87.  
Zentralorgan der

Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post

monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—

Abstellung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einlegung der  
Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Sonntag, 26. November 1922.

Nr. 278.

## Auf dem Scheidewege.

Die tschechische nationalsozialistische Partei gleicht seit längerer Zeit einem Hexenkessel, in dem die Gärungen so stürmisch geworden sind, daß sie ihn zu zersprengen drohen. In der Partei häufen sich die Korruptionsaffären in bedenklichster Weise, doch alle diese Affären, hervorgerufen durch kriegsgewinnlerische Gewerbetreibende, die wie manche andere kuriose Gesellschaftsschichten der Partei angehören, vermochten nur zum geringen Teile den Zustand herbeizuführen, in dem sich die Partei gegenwärtig befindet. Dieser Zustand ist der einer schweren Krise, hervorgerufen durch die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze innerhalb des Parteikörpers. Von welchen Fiebersehauern der inneren Krise die Partei der tschechischen Nationalsozialisten gegenwärtig geschüttelt wird, geht aus einer Rede hervor, welche einer ihrer Abgeordneten, Slavicek, kürzlich vor einer Versammlung der Anhänger des rechten Flügels hielt. Er beklagte es schmerzlich, daß die Partei von der ursprünglichen Art des Sozialismus abgewichen sei, der die Mitwirkung der Schichten des Mittelstandes, also auch der Gewerbetreibenden, ermöglicht habe. Jetzt neige die Partei unglücklicherweise dem kompromißlosen Sozialismus zu, der nicht nur in der Theorie die Gemeinschaft mit den Mittelschichten der Bevölkerung ausschließe, sondern direkt ihr Feind sei. Diese Richtung sei von einzelnen Leuten herangezogen worden, die erst jüngst in die Partei eingetreten sind und denen es gelungen ist, altbewährte Mitglieder und Mitarbeiter zu verdrängen, indem sie die Führung an sich rissen. In den Reihen der Partei ständen Leute, die sich offen als Kommunisten bekennen, andere seien in den Prager Gemeinderat entsendet worden, die bis heute der Partei formell nicht angehören, da sie sich als „Realisten“ erklären. Den Schichten der Gewerbetreibenden werde es immer unmöglicher gemacht, in der Partei zu arbeiten, und das alles müsse zu einer Schädigung, ja zur Vernichtung der Partei führen. In der Tat droht dem Gefüge der Partei die vollständige Zerrüttung.

Die Zersetzung der nationalen Partei, die bereits weit über den Rahmen eines inneren Parteizwistes hinausgediehen ist, hat ihren Ursprung in der Unwahrscheinlichkeit dieses Parteigebildes. Der Nationalismus, früher der Hauptinhalt der Tätigkeit der Partei, sollte die Klassengegensätze überbrücken, die zwischen den Angehörigen der verschiedenen Schichten und Stände, die sich dort zusammenfanden, klasten. Sie nannte sich eine Arbeiterpartei, doch zählten auch Gewerbetreibende, Landwirte sowie Angehörige der Intelligenzberufe in großer Zahl zu ihren Mitgliedern, die alle, solange die Partei im Kampfe gegen die österreichische Herrschaft als radikalste galt, ihre Interessen in ihr gut gewahrt sahen. Neben diesen Schichten nahm die Partei auch die ehemaligen Gruppen der tschechischen Anarchisten und Realisten in sich auf, welche buntgemischte Gesellschaft beisammeng gehalten werden konnte, solange der nationale Radikalismus als Kitt seine Wirkung tat. Das änderte sich mit dem Umsturz immer mehr. Vor allem kehrte ein Teil der Gewerbetreibenden der Partei den Rücken und wandte sich der neugegründeten tschechischen Gewerkepartei zu, da die nationale Partei, um sich die Arbeiter in ihren Reihen zu erhalten, sich gezwungen sah, die Arbeiterinteressen in den Vordergrund zu schieben. Unter dem Druck der zersetzenden wirtschaftlichen Verhältnisse und den wachsenden Wirkungen der Krise mußte dies in immer größerem Maße geschehen, worin die anderen, der Partei angehörenden Berufsgruppen eine Benachteiligung in der Vertretung ihrer besonderen Interessen erblickten. Je weniger wirksam sich infolge der Aenderung in den nationalen Machtverhältnissen der nationale Radikalismus als einigende Klammer erwies, und je mehr die Partei die soziale Frage in den Vordergrund stellte, desto mehr zeigte sich die Unmöglichkeit, die Interessengegensätze innerhalb ihrer Reihen zu vereinen. Gegenwärtig sind diese Gegensätze zwischen dem Kleinbürgerlichen Flügel der Partei, an dessen Spitze Ro-

## Frankreichs Politik in Amerika verurteilt.

Eine Kundgebung der Regierung gegen Clemenceau.

Berlin, 25. November. (Eigenbericht.) Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus New York hat die amerikanische Regierung ein amtliches Komunique über die Propaganda Clemenceaus erscheinen lassen. Darin wird gesagt, daß die Regierung die Gesichtspunkte der Neben Clemenceaus mit Mißfallen betrachte, da sie der Ansicht sei, daß die

französische Politik in großem Maße für die augenblickliche schlechte Lage Europas verantwortlich sei. Wenn Frankreich weiter eine Haltung des Zwanges gegen Deutschland beinhalte, würden die jetzigen Zustände fortbauern, deren Ursache die Reparationspolitik Frankreichs sei, dieses halte die Schlüssel zur Lage in der Hand.

## Die Labourparty im parlamentarischen Kampf.

London, 24. November. (Tsch. P.-B.) Im Unterhaus erklärte der Arbeiterpartei-Minister, man werde nicht lange dulden, daß die auswärtigen Angelegenheiten unter dem Schleiter des Geheimnisses geführt werden. Die Arbeiterpartei werde einen unablässigen Druck ausüben, bis sie die von ihr geforderte demokratische Kontrolle über die auswärtigen Angelegenheiten gesichert haben wird. Die europäische Lage sei äußerst ernst, aber, sobald man nicht bereit sei, auf die Ursachen dieser Lage einzugehen, könne man unmöglich mit ihr wirksam fertig werden. Diese Lage sei das unmittelbare Ergebnis der sogenannten Friedensverträge, und diese selbst seien ein Ergebnis von Geheimverträgen und Abmachungen, die hinter dem Rücken des Parlamentes und des Landes von der liberalen Regierung geschlossen wurden. Die Erklärung, daß Deutschland zahlen werde, sei der größte Bluff, der dem Lande jemals zugemutet worden sei, und wird größtenteils von Kreisen vorgebracht, die besträfen, für die von ihnen während des Krieges erzielten Gewinne besteuert zu werden.

## Demilitarisierung der Marika. — Debengatsh den Bulgaren.

Zusanne, 25. November. (Sabas.) Die Ereignisse des gestrigen Tages lassen sich in folgender Weise zusammenfassen: General Wegand verlas in der Nachmittagsitzung den zur Informierung der Konferenz ausgearbeiteten Bericht. Die Sachverständigen sind bezüglich der Demilitarisierung der Grenzzone längs des Marikajusses der Ansicht, daß es sich um eine Demilitarisierung und nicht um eine Neutralisierung eines Gebietes von je 30 Kilometern an beiden Ufern der Marika handeln müsse, Adrianopel inbegriffen, dessen Festungswerke geschleift werden. Diese Zone solle nicht nur die Türkei von Griechenland, sondern auch die Türkei von Bulgarien trennen. Die Türken akzeptierten die Errichtung der Zone sowie die Schleifung der Adrianopler Festungswerke,

doch schien ihnen die bloße Demilitarisierung dieser Zone nicht zu genügen, weshalb sie deren Neutralisierung mit internationaler Garantie, zum Beispiel einer Garantie der den zukünftigen Vertrag unterfertigenden Mächte, vorschlugen. Den Türken wurde erwidert, ihr Vorschlag sei zwar sehr interessant, überschreite jedoch den Rahmen der Diskussion, denn es würde sich um eine Verantwortung der Regierungen handeln, deren die durch sie selbst garantierte Neutralität neue internationale Lasten auferlegen würde.

Die Kommission prüfte sodann die Frage des wirtschaftlichen Aufganges Bulgariens zum Ägäischen Meere. Der bulgarische Sachverständige Morvov entwickelte die These, daß die technische Organisation des bulgarischen Zuganges zum Ägäischen Meere ohne das vorbehaltlose Eigentum des Hafens von Debeagatsh und der einer französischen Gesellschaft gehörenden Eisenbahnen nicht erzielt werden könne. Gegen diese Forderung Bulgariens sprach sich der griechische Delegierte Venizelos aus. Er erklärte, Griechenland habe genug Opfer gebracht, wenn es die Errichtung einer demilitarisierten Zone an der Grenze Ithaziens akzeptiert habe und wenn es Bulgarien in der Form einer ewigen Miete die Verwaltung des Griechenland gehörenden Hafens von Debeagatsh anbiete. Bulgarien verlange von Griechenland die tatsächliche Abtretung eines Gebietes, in welche Griechenland nicht einwilligen könne, denn es könne sich nicht als von Bulgarien besiegt ansehen. Außerdem gebe es auch andere Staaten, welche keinen Zugang zum Meere besäßen, wie die Tschechoslowakei und Magyaren der Polen, welches über einen Hafen unter bestimmten Vorbehalten verfüge.

## ruppss Konzessionen in Rußland.

Berlin, 25. November. (Eigenbericht.) Zwischen der Firma Krupp und einer englischen Finanzgruppe wurde eine Vereinbarung über die Ausnützung der Krupp-Konzession in Rußland getroffen. Die englische Firma stellt 75 Prozent des Kapitals zur Verfügung. Als Vermittler diente bei den Verhandlungen Urquardt.

saß steht, und dem linksradikalen, dessen Führung, mit Verbensky voran, die ehemaligen tschechischen Anarchisten innehaben, in offenen Kampf ausgeartet, der nicht mehr ausgeglichen werden, sondern nur mit der Bestiegung des einen oder des anderen Teiles oder mit der Sprengung der Partei enden kann.

Diese Tatsache suchen nun die tschechischen Kommunisten für ihre Parteizwecke auszunützen. Auf die Unzufriedenheit der nationalsozialistischen Arbeiter mit der offiziellen Führung und Haltung der Partei gegenüber der Koalitionsregierung spekulierend, haben sie die Parole zur Bildung einer proletarischen Einheitsfront unter Zuziehung der tschechischen nationalsozialistischen Partei ausgegeben, die dem Zwecke dienen soll, in die nationalsozialistischen Reihen den spaltenden Keil noch tiefer hineinzutreiben und ihre eigene Anhängererschaft auf Kosten der anderen Partei zu stärken. Auf dem gegenwärtig in Moskau tagenden Kongress der kommunistischen Internationalen, auf dem Dr. Schmeral den Rapport für die Tschechoslowakei erstattete, stellte Sinowjew mit Genugtuung fest, daß es der kommunistischen Agitation gelungen sei, die Partei der tschechischen Nationalsozialisten zu schwächen und eine beträchtliche Zahl ihrer bisherigen Anhänger zu gewinnen. Dr. Schmeral bestätigte dies, wobei er die zersetzende Wirkung des Schlagwortes der Einheitsfront rühmend hervorhob, das ein geeignetes Mittel zur Eroberung der nationalsozialistischen Arbeiter-

## „Für die Weltorganisation der Konsumenten.“

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der letzten zwei Jahre hat die Kräfte der Arbeiterbewegung geschwächt. Die Wirtschaftskrise, in der der Unternehmer den Arbeiter viel weniger braucht als in der Zeit der guten Konjunktur, hat die Stellung der Arbeiterklasse im Produktionsprozeß geschwächt, die wachsende Reaktion in Europa und die Spaltung der Arbeiterbewegung ihre politische Bedeutung vermindert. Deswegen wird die Erkenntnis immer größer, daß es einer Zusammenfassung der in der Arbeiterbewegung wirkenden Kräfte bedarf, um die ökonomische und politische Entwicklung im Interesse der Arbeiterschaft zu beeinflussen. Diese Erkenntnis wird auch in der Tschechoslowakei immer größer, die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Strömungen und Institutionen in der Arbeiterbewegung drückt sich Bahn, trotzdem die Hindernisse große sind. Ein Zeichen dafür ist auch der heute stattfindende Genossenschaftstag, der die Arbeiter aller Nationen und politischen Richtungen zu einer wirksamen Kraft zusammenfassen soll.

Insbepondere ist die Vereinigung der Kräfte innerhalb der Kreise der Konsumenten dringend notwendig. Wir sind mit einer Regierung beglückt, in der der Ministerpräsident ein Agrarier, der Minister, der den stärksten Einfluß in der Regierung hat, ein Vertreter des Finanzkapitals ist. Noch in keiner Regierung waren die Interessen des kapitalistischen Besitzes so stark vertreten wie in der Regierung Svehla-Radin. Diese Regierung ist es, welche die wirtschaftliche Krise auf Kosten der Lebenshaltung der Bevölkerung lösen will und deshalb ist es notwendig, die Forderungen der Konsumenten zusammenzufassen, für sie entschieden aufzutreten und die Indifferenten aufzurütteln im Kampfe um die Lebenshaltung der Bevölkerung.

Der morgige internationale Genossenschaftstag ist von den drei genossenschaftlichen Zentralorganisationen einberufen. Diese drei Organisationen dürften ungefähr eine Million Haushalte vertreten, hinter ihnen stehen also die Interessen von drei bis vier Millionen Menschen, von drei bis vier Millionen organisierten Konsumenten. Der internationale Genossenschaftstag ist also eine weithin sichtbare, eindrucksvolle Demonstration dafür, daß über die Interessen der Konsumenten nicht zur Tagesordnung übergegangen werden darf, daß nicht eine Wirtschaftspolitik betrieben werden darf, die dem Finanzkapital, den Großindustriellen und Großagrarier Nutzen bringt, aber den Interessen der breiten Massen ins Gesicht schlägt. Die Genossenschaftler aller Nationen und aller politischen Parteirichtungen reichen einander die Hände, verbinden sich miteinander zu gemeinsamem Kampf. Sie

der kompromißlosen Bazillen glücklich erwehre, ein Wunsch, der vielleicht in Erfüllung gehen kann, doch erscheint es ausgeschlossen, daß die Patientin ohne dauernden Schaden aus ihrer Krankheit hervorgeht.

Die Auflösungserscheinungen in der Partei der tschechischen Nationalsozialisten sind ein warnendes Memento mori für die Koalition. Noch klammert sie hoffnungsvoll ihr Sündenbekenntnis an die vage Möglichkeit der Befundung ihres erkrankten Teiles, der beider Tod bewirken kann. Was aber, wenn sich diese Hoffnung als trügerisch erweist? Herr Maschin und die Seinen halten für diesen Fall das russolnische Rezept als einzigen Ausweg bereit. Bis dahin wüten die „Staatsverhalter“ bedenkenlos weiter, ohne im geringsten auf die Schaffung einer Grundlage für eine andere Regierungsmehrheit bedacht zu sein, wenn die heutige in Schutt zerfallen sollte. Ihre Publizistik sucht gelegentlich den Vorwurf, daß die tschechischen Machtklassen keine staatsbildende Fähigkeit besitzen, zu entkräften. Die Ratlosigkeit, die entstehen muß, wenn über kurz oder lang die Koalition zerfällt, ist jedenfalls eine Bestätigung dieser Behauptung. Nicht nur die tschechische nationalsozialistische Partei, auch die Regierungsfreie sind auf dem Scheidewege. Es scheint, daß sie, die notwendige Entwicklung verblendet mißachtend, den Weg gehen werden, der ins Verderben führt.

wollen sich auf ein gemeinsames Programm einigen sowie die Gewerkschaften aller Nationen dieses Staates am 3. Juli auf einer gemeinsamen Linie gefunden haben. Die Front, die am internationalen Genossenschaftstag — für den Bereich der Genossenschaftsbewegung — aufgerichtet wird, wird den Interessen des tschechischen Proletariats mehr entsprechen als die gemeinsame Front mit den Vertretern der bestehenden Klassen, die das tschechische Proletariat in der gegenwärtigen Regierung besitzt. Daß das tschechische Proletariat diese gemeinsame Front sucht, ist ein Beweis der immer größer werdenden Erkenntnis in der Arbeiterschaft, daß es in einer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit das Schicksal der Arbeiterschaft so drückend gestaltet, nichts anderes gibt, als mit Energie die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten, ohne Rücksicht auf sogenannte staatsmännische Erwägungen, die dem ökonomischen Interesse des Bürgertums bisher immer mehr entsprochen haben als dem der Arbeiterschaft. An Stelle der nationalen Ideologie von 1918 muß die ökonomische Ideologie der Arbeiterklasse, der Sozialismus, treten.

Diese Zusammenfassung der Kräfte ist auch notwendig, weil auf der anderen Seite der Barrikade, in den Reihen des Bürgertums, diese Zusammenfassung bedeutsame Fortschritte macht. Immer näher kommen einander deutsche und tschechische Industrielle und immer stärker erklingt auch — das muß gerade angesichts des Genossenschaftstages hervorgehoben werden — der Chor der bittersten Feinde der Konsumgenossenschaften. Da sie den tatsächlichen Kampf scheuen, kommen sie mit Verleumdungen und erzählen von einem Geschenk von hundert Millionen, das die Regierung den Konsumvereinen machen will. Die Konsumvereinsbewegung verkörpert ein Stück wirklich bestehendes, handgreifliches Sozialismus in der kapitalistischen Welt und die Arbeiterschaft muß alle Kräfte einsehen, damit sich diese sozialistische Keimzelle immer mehr verbreite.

Der internationale Genossenschaftstag soll aber nicht nur eine eindrucksvolle Demonstration sein: Er soll die Einleitung sein zu der internationalen Genossenschaftswoche, die vom 3. bis 10. Dezember stattfinden wird und in der dreitausend Versammlungen die Bevölkerung über den Wert der Genossenschaftsbewegung aufgeklärt werden soll. Das Ziel unserer Genossenschaftsbewegung muß es sein, die große Mehrheit unserer Bevölkerung für mehrere Konsumvereine zu gewinnen, um so den Bedarf dieser großen Mehrheit durch die Genossenschaften zu befriedigen und dem Kapital damit einen schweren Schlag zu versetzen. Die mit jährr Befählichkeit vor sich gehende Ausbreitung der Eigenproduktion unserer Genossenschaften, die Errichtung von Warenhäusern, die Modernisierung der Konsumvereine, ihre Konkurrenzfähigmachung allen Privatbetrieben gegenüber ist ein Zeichen, daß es vorwärts geht. In allen Ländern bricht sich diese Entwicklung Bahn und wenn sie nicht gehemmt wird, dann sind die Genossenschaften berufen, bei der Umwandlung in den Sozialismus eine große Rolle zu spielen, dann werden sie eine der revolutionären Waffen sein, um die Arbeiterschaft aus dem Elend und Jammer der kapitalistischen Ordnung zu befreien. Tessen mögen die Arbeiter eingedenk sein, wenn sie das Blatt betrachten werden, das in den nächsten Tagen in allen deutschen Drien dieses Staates ihnen die Bedeutung der Genossenschaftsbewegung vor Augen führen soll und auf dem die Worte stehen, die der Schlußruf der Genossenschaftsbewegung sind: Für die Weltorganisation der Konsumvereine!

### Inland.

**Klarheit auf allen Seiten.** Unter diesem Titel veröffentlicht das „Ceste Slovo“ die Rede, die der Abg. Kloss in einer Versammlung seiner Partei in Weinberge gehalten hat, und in der er an die Opposition in seiner Partei tüchtige Schemen austeilte. Er erklärte, keine Macht der Welt werde beweisen, daß die tschechischen Sozialisten Demagogen sind oder daß sie sich Demagogen unterwerfen würden. Das zu beweisen wird ja auch niemandem einfallen, da es sich um eine längst begriffene Tatsache handelt, daß sich die tschechisch-sozialistische Partei nach dem Wende dreht, bald nach dem sozialistischen, bald nach dem nationalistischen. Kloss befugte sich sodann mit der Einheitsfront und sagte, daß die bestandene Einheit auf Befehl Kloss' geschlagen wurde und daß die Kommunisten die Last der Zerlegung verfolgten. Er kam dann auf die Opposition in seiner Partei zu sprechen und sagte, daß sich einzelne, zum Glück bedeutungslose Leute gefunden hätten, welche, da sie durch die Schule der Partei und ihre Kämpfe nicht durchgegangen sind, oberflächlich seien und untrübselig zur Demagogie neigen, den Kopf verloren hätten. Er sagte wörtlich: „Jede Partei kann ihre Defektüre haben — wir haben sie nicht (?) — jede Partei kann auch irgend ein hysterisches Persönlein haben...“ Ob wohl mit dem „hysterischen Persönlein“ die Abg. Landa-Stich gemeint gewesen ist? Wer könnte das bezweifeln. Kloss sagte dann, Kinderreien, welche keine Grenze kennen, müsse eine solche gezogen werden und antwortete auf den Klosser Befehl zur Einheitsfront mit den Worten: „Nein, nein, nein!“ Interessant ist, daß die Fortsetzungen der Rede Kloss' im Morgenblatt des „Ceste Slovo“ ganz kurz sind, während sie im Abendblatt einen beträchtlichen Raum einnehmen. Auch die Aufmachung der Rede ist im Abendblatt eine ganz andere. Man sieht eben, daß in der Redaktion des Morgenblattes ein Anhänger der Verbesserrichtung sitzt, nebenbei gesagt, in der letzten Zeit ein zulenten scheint. Immerhin aber ist es bemerkenswert, daß am Montag in Kosit bei Prag eine Arbeitslosenversammlung stattfindet, die im „Rude Pravo“ angekündigt wird. Als Redner ist für die Partei der tschechischen Sozialisten Loučka angegeben. — Aber noch andere Dinge gehen in dieser Partei vor. Die „Narodni Democracie“ weiß zu berichten, daß sich der sogenannten „nationalen Bewegung“, welche bekanntlich eine Art Faschismus propagiert, auch der Prager Bürgermeister Dr. Baga, der bekanntlich Mitglied der tschechisch-sozialistischen Partei ist, angeschlossen hat. Herr Dr. Baga hat der Partei der tschechischen Sozialisten nie große Ehre gemacht. Man braucht sich da bloß an die Anzeigung antideutscher Kravalle in Prag, an seine Rede in Paris und an seinen arbeitsfeindlichen Standpunkt in vielen Gemeinderatsversammlungen zu erinnern. Die „Straz Socialismu“ hat daher ganz recht, wenn sie sagt: „Baga paßt unter die tschechischen Faschisten, in die Gesellschaft des Viktor Dyl, des Mares, der Vit-Kuneicka und des Kramar sehr gut. — Wenn sich die Nachricht der „Narodni Democracie“ bemächtigt — was den Dr. Baga anbelangt, so glauben wir sie voll — so ist das nur ein Zeichen, daß in der Partei der tschechischen Sozialisten das Bestreben lebendig wird, die alte nationale Arbeiterbewegung wieder ins Leben zu rufen und antideutsche und antisemitische Pogroms zu inszenieren.“ Wenn jemand noch daran gezweifelt hat, daß die Nachricht, daß sich Dr. Baga unter die Faschisten begeben hat, unwahr ist, so unter-

er durch das heutige Dementi (?) des „Ceste Slovo“ eines Besseren belehrt. Das „Ceste Slovo“ teilt mit: Der Organisationssekretär der nationalen Bewegung Fr. Friedl stattete unserer Redaktion einen Besuch ab und forderte uns auf, zu konstatieren, daß weder Dr. A. Baga, noch Bohar Mitglieder dieser Organisation sind. Wir konstatieren dies gerne, weil wir überzeugt sind, daß die genannten Brüder nichts gemeinsam haben mit einer Bewegung, welche sich aus einer Einheitsfront der antisozialistischen Reaktionen ausbildet. Dieses Dementi ist sehr verwunderlich. Warum dementiert nicht der Bürgermeister selbst und warum tut er dies nur auf Umwegen?

**Außerdem Abgeordnetenhaus.** Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet Dienstag den 28. November um 10 Uhr vormittags statt. Auf der Tagesordnung befindet sich die Fortsetzung der Spezialdebatte zum Staatsvoranschlag für das Jahr 1923 und zwar steht die wirtschaftliche und sozialpolitische Gruppe zur Verhandlung. Noch 53 Abgeordnete sind in der Rednerliste eingetragen; es wird aber wohl kaum möglich sein, daß alle zum Worte gelangen. Von unseren Genossen sind die Abgeordneten Gierch, Palme Roscher und Schaffer zum Worte gemeldet. Die Abstimmung über das Budget dürfte in den späten Abendstunden des Mittwoch erfolgen, worauf der Staatsvoranschlag dem Senat zur Behandlung zugehen wird. — Obwar in dem amtlichen Bericht über die Sitzung des Hohenhauses (Legislationsrat) die Koalition, der sogenannten „Přátdvacitka“, erklärt wurde, daß es sich in dieser Sitzung nur um die Feststellung der Geschäftsordnung für den genannten Ausschuss gehandelt hat, verlautet doch im Laufe, daß sich die Sitzung auch mit der Frage der Regelung der Abgeordneten- und Senatorengehälter, sowie mit der Frage der Eisenbahnrenten befaßt hat. — Wie man erfährt, sind im Klub der slowakischen Volkspartei die Gegensätze verschärft. Der Abgeordnete Voksa ist im Begriffe, aus der slowakischen Volkspartei auszutreten, weil ihm die Politik Hlinka zu tschechenfeindlich vorkommt. Zu seinem neuen christlichsozialen Programm melden sich angeblich 58 Organisationen der Partei. Wie das „Ceste Slovo“ noch erzählt, soll an die Spitze dieser Partei Dr. Dusan treten. Die Partei wird auch ihr eigenes Blatt herausgeben.

**Änderung unserer Außenpolitik?** Unter diesem Titel veröffentlicht das liberale Abendblatt „Pravda“ eine Notiz, in der es u. a. heißt: „Dieser verfolgte unsere Außenpolitik praktische Ziele: eine Abänderung der Friedensverträge nicht zuzulassen und einen Abwehrblock für den Fall eines Ueberfalls Maggariens zu bilden. Dieser Zweck ist erreicht.“ Sodann wird erklärt, daß der Eintritt Griechenlands und Bulgariens in die Kleine Entente in den Bereich der Möglichkeit gerückt sei. Die Notiz schließt: „Wenn beide Staaten in die Kleine Entente aufgenommen würden, wird sich deren Konstruktion beträchtlich ändern. Die Tschechoslowakei wird an Bedeutung viel verlieren und Rintschitsch würde wahrscheinlich die Führerrolle benehmen. Da es sich um slavische Nationen handelt, müssen wir den Plan begrüßen, obwar dadurch unsere Handelsinteressen in der Türkei berührt werden. Jugoslawien und Bulgarien gelangen zum Ägäischen Meere und sind nicht mehr auf Waren angewiesen, die auf dem Landwege transportiert werden. Minister Beneß weilt in Paris, und hat sich bisher über die geplante Erweiterung der Entente nicht ausgesprochen. Es wird nötig sein, daß wir uns von der Weltpolitik lösen und uns mehr um Fragen des Ostens, insbesondere um Polen, kümmern. Nur so kann man das

Uebergewicht Jugoslawiens parallelisieren.“ Der bittere Ton dieser Ausführungen springt in die Augen. Der „slowakische Bruder“ entwickelt sich nun Konfurenten um Rumpfschaften und Rechte, Beneß und die Industriellen werden nervös und entsinnen sich des „polnischen Bruders“. Würden all diese Verschiebungen nicht auch außenpolitische Gefahren bergen, so dürfte man über diese Groteske herzlich lachen.

### Trübe Ausflchten in der Reparationstrife.

In Lausanne interessiert weniger das was auf offener Bühne vor sich geht, als das Spiel hinter den Kulissen. Mussolini, der seinen Botschaftern und Mitarbeitern strengste Anweisung gab, sich nicht von vorlauten Journalisten aushorchen zu lassen, entwickelt jetzt den Pressevertretern gegenüber eine schier unbegrenzte Redseligkeit, die nicht immer von Widersprüchen frei ist. So äußerte er sich einem englischen Korrespondenten gegenüber, man müsse zwar von Deutschland eine gerechte Wiedergutmachung verlangen, dürfe aber Deutschlands schwierige Lage nicht außer acht lassen. Französischen Journalisten hingegen sagte er, Deutschland kann und muß bezahlen, und Italien werde auf der Seite derjenigen stehen, die das verlangen. Das sieht nicht gerade nach der eisernen Konsequenz aus, die ihm seine deutschwöllischen Freunde in Deutschland nachrühmen. Es schmeckt viel eher nach den süßen Gaben gewisser Phrasenre, die jedem Journalisten das sagen, was er gern hören möchte. Andererseits werden in Paris Nachrichten verbreitet, die für die zweite Neuherung Mussolini eine gewisse Unterlage bieten. Danach wären Frankreich, England und Italien übereingekommen, in der Reparationsfrage gemeinsam vorzugehen und dabei den Standpunkt Poincarés bis zum äußersten zu unterstützen. Der neue englische Premierminister, der Führer der Konservativen, Bonar Law, habe einen grundlegenden Wechsel in der englischen Reparationspolitik vollzogen; der Vertreter Englands in der Reparationskommission, Bradburn, der sich bisher immer um einen vernunftgemäßen Ausgleich bemüht hat, werde daraus seine Konsequenzen ziehen und zurücktreten. Möglich, daß bei diesen Pariser Meldungen der Wunsch der Vater des Gedanken ist. Aber man darf nicht übersehen, daß hinter Bonar Law die großen Interessentenverbände stehen und diese wollen endlich die politischen Ergebnisse des Sieges im Weltkrieg sehen. Sie wollen Englands Machtstellung erneuert und befestigt wissen, das heißt, sie fordern eine kapitalistisch-imperialistische Außenpolitik — wenn es geht, auf friedlichem Wege, wenn es aber sein muß, unter vollster Einwirkung der englischen Machtmittel. Wozu hat denn England seine Flotte? Vor allem muß der Orient, muß Persien, muß Indien wieder völlig unter englischen Einfluß kommen. Geht das nicht ohne Frankreichs Zustimmung, dann ist man eben bereit, der französischen Rheinlands- und Reparationspolitik die erforderlichen Zugeständnisse zu machen. Mit diesen Erwägungen und mit den Hoffnungen, die man in Paris an den Umschwung in London knüpft, vergleicht man das Verhalten der gesamten bürgerlichen Rechten in Deutschland, die diese Neuorientierung mit Jubel begrüßte, als stünde man vor einem neuen Morgen. Wie wenig ist ihr also das „Vaterland“, das von einem Diktator Mussolini gar nichts und von einem konservativen Bonar Law sehr wenig zu erwarten hat, und wie sehr gehen ihr Standes- und Partei-Interessen über alles!

### Der Weg zur Sonne.

Märchen von Otto Koenig.

Sigrit war im Fjord daheim. Der Fjord war ihre Welt. Aber es war eine dunkele und kalte Welt, tief drinnen zwischen den schroffen Felswänden, an denen verküppelte Niefen sich mühsam aus Gestein klammerten. Und zwischen den dunklen Wänden lag das hölzerne Fjordstädtchen, in dem Sigrit geboren war einst, so um die Zeit der langen Nacht. Ein solches Fjordstädtchen nördlich vom Polarkreis ist ein traurig Ding — und Sigrit hatte nie die Sonne gesehen, die Sonne, von der in ihrem Schulbuch doch so viel Merkwürdiges zu lesen war. Sigrit hatte nie die Sonne gesehen.

Licht und Wärme konnte sie nur vom steilen Feuer in dem großen schwedischen Ofen daheim und von Wächter Ofens Leuchtfeuer auf dem Hof — und ab und zu gab es ein knisterndes Nordlicht, und das schien ihr das schönste Licht zu sein — nur war es kalt.

Im Hochsommer, da gab es wohl einige Tage, da die bleichen Gessieße hoch oben auf dem Snäfel in einem blauen Rot erglüheten, und Sigrit hörte die klugen, alten Leute sagen, daß das der Widerschein der Sonne sei, die nun am höchsten stünde.

Und Klein-Sigrit wunderte sich, daß die Sonne die Eisfelsen dort oben besuchte, wo nach der alten Mär die grimmen Eisriesen, die Drimtursten, im Banne wohnten. Warum die Sonne nicht herabkam zu Klein-Sigrit mit dem warmen Herzen? Und deswegen fragte sie Agnar Struensen, ihren alten Lehrer. Der aber lachte und meinte, wenn die Sonne noch niedriger stünde, dann gäb's vollends kein Licht und keine Wärme mehr, und mit der Sonne sei das so, je höher sie steht, desto mehr Licht und Wärme gebe sie. Klein-Sigrit aber würde die Sonne wohl nie im Leben zu sehen bekommen. Das begriff das Kind nun gar nicht, und es wollte doch die Sonne sehen!

Die Jahre gingen und Sigrit war ein großes Mädchen geworden.

Und wieder war einmal der Winter mit seiner wochenlangen Nacht vorübergegangen, der Fjord taute langsam auf und eine bleiche Dämmerung kündete das Nahen der großen, ungelanten Sonne.

Und sie kam! Zum erstenmal nach langer Zeit röteten sich wieder die Zinnen des Snäfel vom Sonnenwiderschein und Jungfrau Sigrit sah leuchtenden Auges hinaus zum Sonnenrot.

Da war wohl ein Strahl von einer Eisante zurückgeprallt und der flog geradewegs in Sigrits Auge. Ein blendendes Licht war es, so hell und heiß, wie sie nie eines gesehen und gefühlt, und sie mußte ihr Auge schließen vor dem hehren, heißen Glanz. Und als sie wieder die Lider öffnete, war der Strahl verschwunden und das rosige Licht begann mählich zu bleichen. Der Strahl war aber in Sigrits Herz gedrungen und hatte dort die stille, sinnliche Sehnsucht entzündet zur heißen Leidenschaft nach der Sonne. Und Jungfrau Sigrit wußte nun, daß sie die glühende, heiße Sonne suchen müsse und daß sie sie sehen werde.

Sigrit war ein mutiges, starkes Mädchen, und sie forschte, wie sie die Sonne finden könnte. Roalf Kosmer, der Richter, war ein beschränkter, alter Mann, und er nicht und meinte, er wüßte wohl von Norwegens Sonne. Und darauf trante er in seinen alten Papieren und las ihr langsam vor, wobei er immer mit dem Finger die Zeilen lang fuhr. Der alte Vorsteher war über eine alte Thronproklamation geraten.

Sigrit aber schüttelte den Kopf. Sie wußte es ja ganz genau. Dort von Nord, vom Snäfel herab, hatte ihr die Sonne den blendenden Erleuchtungsstrahl gesendet. Da aber wurde Roalf Kosmer sehr böse und sagte, Sigrit sei ein albernes Ding und der König sei die Sonne Norwegens, denn hier stehe es und er hätte es allen Bürgern vorlesen lassen — und eine andere Sonne gäbe es überhaupt nicht.

Sigrit stoh vor dem scheltenden Alten, und da lief sie dem alten Ton gruben in den Weg. Das war der Vate. Sie wußte, daß er alle Vierteljahr, wenn das Postschiff kam vom Süden, zum alten Geirrodh, der am Range des Snäfel in der Einsamkeit hauste, hinaufklettern mußte, um ihm seine Pension zu bringen. Und den alten Postboten Ton gruben fragte sie nun, ob da hinauf zum Snäfel nicht der Weg zur Sonne ginge.

Ton gruben aber sprach: „Kind, ja, lichter wird's ja und wärmer auch, wenn man da rauf kommt, und im Sommer ist's wohl, als wenn man von Nacht zum Tag ginge. Und wenn man oben ist, jenseits vom Riolengrat, wird's ordentlich warm über dem Eis, über die Südberge shimmer't's goldiger, als unsere nordwestlichen Kronen. Ob das die Sonne ist, weiß ich nicht. Der alte Geirrodh aber hat einen Sohn, der faßte oft, daß er die Sonne gesehen, hoch oben von der Snäfel Gipfel. Aber Otter Geirrodhson ist wohl toll, und der alte Geirrodh wird sterben. 's ist traurig auf diesen Höhen. Schmer ist's hinzukommen, schwer für meine alten Knochen, für dich, Kind Sigrit, wird's schier unmöglich sein. Das ist für unseregleichen nichts.“

Und damit ging Postbote Ton gruben weiter.

Jungfrau Sigrit war ein mutiges, starkes Mädchen, und sie wußte, daß Otter Geirrodhson nicht toll war, wenn er sagte, daß er von jenen Höhen die Sonne gesehen hatte. Jungfrau Sigrit war ein mutiges, starkes Mädchen, sie nahm einen Stöcken zur Hand und schritt in der Abenddämmerung so gegen elf Uhr ostwärts um die dunklen Buchen der Fjordgewässer. Da hatte Ton gruben eben seinen letzten Gang gemacht, er sah Sigrit und rief sie an: „Wohin?“ Sie aber sagte: „Zur Sonne.“

Da stand er still und baß sie, doch im Tal zu bleiben und zu denken an das, was er ihr gesagt hatte, und sie sprach: „Ich denke daran!“

Und der alte Ton ward ängstlich und sprach: „So hast du mich falsch verstanden! So habe ich dich nicht recht belehrt. Sigrit, geh' nicht ins Eis.“

Sigrit aber wendete sich und schritt hinan über die Borhöhen des Snäfel.

Ton aber lief scheltend zum Fjordstädtchen hinan in die Königstrat, wo Wächter Mariens den vortrefflichen Grog schenkte. Dort waren sie schon alle unter der düsteren Tranlampe versammelt, die alten, klugen Leute. Roalf Kosmer, der Vorsteher, Pastor Muffen, Lehrer Agnar Struensen und der Stadtverordnete und Wegger Peter Sveinsfon, der reiche Junggeselle. Und Postbote gruben tat, als wenn er sich den Schweiß von der Stirne wischen wollte; das ging aber nicht, denn sein Bart und Haar waren gefroren. Er sagte, Sigrit sei ihm begegnet und sie sei verriekt geworden; sie wolle auf dem Snäfel die Sonne suchen. Sie werde erfrieren und das täte ihm doch leid.

Da meinte der Lehrer Struensen, er glaube nicht, daß sie verriekt sei. Aber so was Eigenes hatte sie schon in der Schule gehabt, und so was Eigenes könne man in der Schule nicht brauchen, und nun sei es ganz klar, daß sie darum auch für's Leben nichts taugte.

Da nickte ihm Pastor Muffen beifällig zu. Richter Kosmer zog ein paarmal an seiner Pfeife und dann dachte er nach lange nach, denn das hatte er immer notwendig, bevor er ein Weniges sprach.

Richter Kosmer hatte nachgedacht, und da sagte er: „Es ist richtig. Sie zeigte schon gestern so ein...“

„So ein exaltiertes Wesen!“ ergänzte Muffen. „Ja, gewiß...“ so ein ex... ex... ex... er... genau so ein Wesen zeigte sie... Ja! Und was nun? Unseren Peter Sveinsfon hätte sie alle Tage haben können; aber sie scherte sich ja nicht ein bißchen um ihn! Das war sträfliche Postari. Ist's nicht so, Herr Sveinsfon?“

# Ein Landesverräter — deut. Ernährungsminister.

Berlin, 25. November. (Wolff.) Der Reichspräsident hat den Reichsminister Dr. Müller auf seinen Antrag von seinem Amte des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft entbunden.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: „Ins Kabinett Cuno ist neben Herrn Dr. Beder-Hessen, der als Sachwalter der Schwerindustrie gelten kann, als Ernährungsminister ein Dr. Karl Müller (Wonn) eingetreten. Für die Berliner Presse ist Herr Müller ein Neuling auf dem politischen Parkett und sie bezeichnet ihn deshalb als ein politisch unbeschriebenes Blatt. Das aber ist ein schwerer Irrtum. Herr Müller ist politisch und wirtschaftlich schwer belastet. Er ist nichts anderes als der Vertrauensmann der extremsten rheinischen Zentrumsfraktion und darüber hinaus auch der Vertrauensmann der rheinischen Sonderbündler im Reichskabinett. Das hätten sich die Leute um Dorte schwerlich träumen lassen, daß eines Tages der antipreußische, bis nahe an den Bolschismus aktive Sonderbündler Müller in die Reichsregierung berufen werden wird. Herr Müller begann seine Laufbahn als Mittelstandsvertreter im Kölner Stadtverordnetenkollegium. Daneben betätigte er sich rednerisch und journalistisch mit einer Geschicklichkeit gegen die Sozialdemokratie, wie sie nach der Revolution seltener von einem anderen Zentrumsredner erreicht worden ist. Sein besonderer Sport war die persönliche Verunglimpfung sozialdemokratischer Minister. Noch ist in Erinnerung seine über alle Maßen tiefsichende Rede gegen den damaligen preußischen Landwirtschaftsminister, Genossen Otto Braun aus dem rheinischen Bauerntag im August 1920. Als Kostprobe Müllerscher Polemik seien folgende Sätze wörtlich zitiert:

„Otto Braun, den die Revolutionswellen in den Sessel des Landwirtschaftsministers gespült haben, einen Posten, für den ihm jede Fähigkeit und was schlimmer ist — seine Tätigkeit hat es bewiesen — auch der Wille zu vorurteilsfreier Arbeit im Interesse des Berufsstandes fehlt. Der Wille fehlt ihm, weil er aus seinem sozialistischen Parteibildung nicht mehr raus kann. . . Dieser Mann betreibt heute die Landwirtschaft Preußens! Es ist allerdings leichter, in ein ehemalig kaiserliches Jagdrevier zu fahren, sich einen kapitalen Fogerjehender amüßlich vorführen zu lassen, sich auf die Dede legen und sich bei der staunenden Wit- und Nachwelt als „Otto der Schüg“ unsterblich zu machen, als Agrarpolitik zu betreiben.“

Der Mann mit solchen polemischen Sitten betreibt jetzt das Landwirtschaftsministerium im Reich — ein Angestellter der rheinischen Landwirtschaftskommission, die vor einige Wochen demonstrativ einen von dem preußischen Innenminister abberufenen monarchistischen Regierungspräsidenten zu ihrer Führung berufen hat.

Der jetzige Minister Herr Müller stand aber auch in den engsten Beziehungen zu den rheinischen Sonderbündlern, und zwar nicht nur denjenigen, die auf legalen Wege einen Rheinstaat im Rahmen der Reiches erstreben. Er war in einer Geheimfugung im August 1919 zum Vorsitzenden eines Aktionsausschusses gewählt worden, der die sofortige Volksabstimmung zur Loslösung der Rheinlande von Preußen betreiben sollte. Das war ein verfassungswidriges, hochverräterisches Unternehmen, weil bis zum Jahre 1921 durch eine Sperrfrist jede derartige Abstimmung im Rheinlande

unterbunden war. Kein Wunder, daß jetzt schon entrüstete Proteste aus dem Rheinlande gegen die Ernennung dieses Mannes zum Reichsminister einlaufen. Es ist unbegreiflich, wie das Zentrum dazu kommt, diesen Herrn Müller als Minister zu präsentieren. Im Kölner Stadtverordnetenkollegium war Herr Dr. Müller bei allen Fraktionen, außerhalb seiner eigenen, alles andere als angesehen. Sein sonderbündlerisches Auftreten und seine persönliche Gehässigkeit gegen sozialdemokratische Führer legten damals der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Köln die Versuchung nahe, sich an Sitzungen, die Herr Müller mit seiner Anwesenheit zierte, überhaupt nicht mehr zu beteiligen. Die rheinischen Zentrumsarbeiter haben gegen ihn nicht geringeres Mißtrauen als wir. Wir können uns nicht vorstellen, daß die Sozialdemokratie mit diesem herausfordernden extremen Agrarier, diesem rheinischen Separatisten, diesem Parteisanatiker und böswilligen Gegner der Arbeiterbewegung anders verfahren kann als im schärfsten Kampfe.

## Tages-Neuigkeiten.

Der wehleidige Herr Zensor. Der naheende Winter scheint dem Brager Zensor Frostbeulen gebracht zu haben. Wenigstens zuckt er schmerzhaft zusammen, sobald ihm jemand irgendwo nahetritt, und beginnt fürchterlich mit dem Blausstift zu wüten. Rache, unmaßstäbliche Rache für jedes auch nur leise berührte nationalistische Hühnerauge! Gestern haben wirs verspürt. Da operierte er aus unserem Leitartikel über die gewaltpolitische Bedrohung der nationalen Landesschulratsfraktionen drei Sätze heraus, weil sie festzustellen wollten, daß wir gezwungen seien, um das minimalste nationale Recht heiße Kämpfe zu führen. Gewiß eine objektive Feststellung, die dadurch nicht aus der Welt geschafft wird, daß man sie konfiskiert und deren Beseitigung höchstens beweist, daß die Staatsgewalten die Wahrheit, weil sie sie nicht zu widerlegen vermögen, auszusprechen verbieten. Das steht in ihrer Macht, aber eine „höhere Schweiß“ wird die Tschschschschschsch durch solche Feldweibestreiche ihrer Zensoren eben nicht. Und gerade dieses Ideal scheint dem Zensor als schönstes vor Augen zu schweben, denn unserer Hinweis, wie schön vom Vorbild der Schweiß noch weitest entfernt, tilgte er mit Haut und Haar. Man sieht aus diesen Angaben, wie berechtigt diese letzte Konfiskation ist, aber dafür hat uns der Zensor zu dem Glauben befehrt, daß wir — doch in der „Schweiß“ leben. Gibis noch jemand, der es zu leugnen wagt? Das Hühnerauge des Staatsanwaltes zittert schon, der Blausstift fährt nervös durch die Luft, wir schweigen aus Ehrlichkeit Ueberzeugung.

Sündenregister. Ein alter Seidenweber richtet in unserem Grullischer Parteiblatte böhergenwertige Worte an die dortige Arbeiter-schaft und wir wollen dafür sorgen, daß davon wenigstens einiges alle n Arbeiter. die wir erreichen, bekannt werde. In dem Schreiben dieses Arbeiter, der in seinen richtigen Betrachtungen von lokalen Verhältnissen ausgeht, heißt es u. a.: „Die Kommunisten haben durch persönliche, niedrige Verleumdungen argster Art unseren Vertrauensmännern die Arbeit für die Partei zwar nicht schwer gemacht, jedoch dadurch das Vertrauen der Arbeiter zur Partei zu untergraben versucht. . . Ein Jahr lang wurden unsere Vertrauensmänner verleumdet und beschimpft, ein Jahr hatten sie von Menschen, deren Charaktereigenschaften ganz merkwürdige sind, die gemeinsamen Beschimpfungen zu ertragen. Wie man den Arbeitern das Los erleichtern kann, daran haben diese Herren nicht gedacht; ihr Kampf galt der Partei und den Funktionären, die im Kampfe für das Ju-

teresse der Arbeiterschaft ergraut sind. Und diese Menschen, die sich Kommunisten nennen, vom Kommunismus nicht das geringste verstehen, diese Menschen, die man nie in einer sozialdemokratischen Versammlung sah, diese Menschen, die 14 Tage vor der Spaltung erst Mitglieder der Partei geworden sind, diese Menschen, die nicht das geringste Verständnis haben für die Schwerkrieger der Arbeiterbewegung, für deren Lebenslage unsere Pioniere die größten Opfer trugen, diese Menschen sind es, die die alten, ergrauten Funktionäre auf das größte beschimpfen und nach allen Regeln der Kunst verleumdete. . . Durch die persönlichen Verleumdungen ist ein Teil unserer alten Genossen müde geworden. Sie fogen sich mit Recht: Für was opfern und arbeiten, für was Zeit und Aufregung ertragen, um dafür von einigen Jungen verleumdet zu werden? Macht es besser! Beweist was ihr könnt! Die Stunde ist da und auch der Beweis nach einem Jahre kommunistischer Organisation. . . Es besteht fast keine kommunistische Organisation. . . Die wenigen kommunistischen Zeitungen werden nur noch durch die Diktatur mit 80 Heller für sechs Seiten bezahlt, jedoch nicht gelesen. . . In keiner einzigen Gewerkschaftsorganisation wurde eine erfolgreiche Arbeit geleistet. . . Die Arbeiterschaft ist heute vollständig gleichgültig. . . Ich will mit diesen Zeilen die alten Genossen wieder aufwachen, trotz alledem auf den Kampfpfad zu treten. Wir, die wir an den Anfangsentwicklungen der Partei tätig waren, wir haben lange genug dem Treiben zugehört. Es liegt in unserem Blute, nicht mehr länger ruhig zuzusehen, wie von unverantwortlichen Elementen alles zertrümmert und ruiniert wird. Stellen wir uns wieder auf die Schanzen. Ein Jahr kommunistischer Tätigkeit liegt hinter uns, ein Jahr der furchtbaren Verleumdung der Arbeiter. Das Jahr hat uns alles bewiesen. Wir werden es wieder überwinden. Die Vernunft und die Taten werden auch jene wider in unsere Reihen führen, die es bereits eifern, daß die Spaltung das größte Unglück für die Arbeiterschaft ist.“

Die deutschnationale Verwirrung. Freitags abends haben die Deutschnationalen in Leipzig, nachdem sie ihren Bürgermeister Dr. Woltjer vor drei Wochen davongelockt haben, ihm wieder in einer „großen“ Mitgliederversammlung des Vertrauens ausgesprochen und sie lassen ihn nun recht schön bitten, seinen Posten wieder zu übernehmen. Und da soll noch einer sagen, daß die Deutschnationalen nicht wissen, was sie wollen, und daß nicht nur innerhalb des gesamten deutschen Bürgertums, sondern auch innerhalb der Deutschen Nationalpartei der eine hü, der andere hott zieht!

Der Kampf gegen die Olmüger deutschen Schulen. Die Abgeordneten Genossen Hadenberg, Häusler und Joll haben an den Minister für Schulwesen und Volkshochkultur eine Interpellation gerichtet, in der es heißt: Gegen das deutsche Schulwesen in Olmütz wurde seit dem Bestande der Tschechoslowakischen Republik ein ganz besonders heftiger systematischer Kampf geführt. Diefem Kampfe sind bisher 3 Kindergärten zum Opfer gefallen. Von den, den Deutschen gehörigen Schulgebäuden wurden 3 Schulgebäude vollständig weggenommen und zwar das Elisabethen-, das Schulgebäude in der Johannestraße und das Schulgebäude in Olmütz-Nerlein. Außerdem wurden in 4 andere deutsche Schulgebäude tschechische Klassen verlegt. Welche Mißstände in sanitärer Beziehung durch diese Einengung hervorgerufen wurden, erhellt z. B. daraus, daß die beiden Mädchenbürgerschulen und die Mädchen-Volksschule im 3. Stockwerke der Realschule notdürftig untergebracht werden mußten, wo die Kinder unter größter Staubplage, unter Zug und schlechter künstlicher Beleuchtung leiden. In den letzten Oktobertagen tauchte nun der Plan auf,

der deutschen Schule am Juliusberge weitere Klassenräume zur Unterbringung tschechischer Schulklassen zu entziehen. Der Stadtrat in Olmütz hat auch tatsächlich trotz des Protestes der gesamten deutschen Bevölkerung und trotz der begründeten Einwendungen der deutschen Stadträte die Beschlagsnahme von 3 Lehrzimmern des deutschen Schulgebäudes am Juliusberge ausgeprochen. Wie überfällt dieses deutsche Säusgebäude bereits war, ist daraus zu ersehen, daß 3 Klassen der dort untergebrachten deutschen Anabensvolkschule, in die Staatslehrerbildungsanstalt verlegt werden mußten. Die deutschen Stadträte haben eingewendet, daß im alten Seminar und im Comenium in Olmütz keine für Unterrichtszwecke unausgenügte Räumlichkeiten für die tschechischen Klassen zur Verfügung ständen. Außerdem sollen in der tschechischen Schule in der Solofstraße 5 Lehrzimmer leer stehen; das neue tschechische große Schulgebäude in Olmütz-Neudorf soll ebenfalls teilweise leer stehen. Daraus ist zu ersehen, daß es sich nur um einen neuen grundlosen Anschlag gegen das deutsche Schulwesen in Olmütz handelt. Die Interpellanten fragen daher den Herrn Minister, ob ihm diese Schulverhältnisse in Olmütz bekannt sind und ob er bereit ist, die Unterbringung der tschechischen Klassen ohne Anspruchnahme des bereits ohnehin bis zum äußersten eingeeengten deutschen Schulwesens in Olmütz durchzuführen, insbesondere die geplante Beschlagsnahme dreier Schulräume im deutschen Schulgebäude am Juliusberge zu verhindern.

Attentat auf den österreichischen Genossen Gruener in Innsbruck. Die „Arbeiterzeitung“ meldet unter dem 24. November: Als Landeshauptmann stellvertreter Dr. Gruener mit seiner Frau heute nacht von einem Besuch nach Hause ging, wurde er in der Böfserstraße von drei jungen Leuten überfallen und mit Gummikugeln geschlagen. Nach kurzer Gegenwehr brach er bewußtlos zusammen. Seine Frau wurde nicht angegriffen. In nächster Nähe standen noch einige junge Leute, die Dr. Gruener nicht zu Hilfe kamen, anscheinend Komplizen. Dr. Gruener wurde von seiner Frau in die Klinik gebracht. Er hat auf dem Kopfe mehrere blutunterlaufene Stellen, Knochen sind nicht verletzt. Schon nach dieser Schilderung ist es klar, daß es sich um ein vorstliches und politisches Attentat handelt, und daß es mit der von dem Reichert erfülltten Bege zusammenhängt, ist sehr wahrscheinlich. Die Rohheit ist um so nichtswürdiger, als Genosse Gruener von einer schweren Krankheit, die ihn länger als einen Monat ans Krankenbett fesselte, kaum genesen ist. Hoffentlich wird über die Beweggründe und über den ganzen Zusammenhang des Anschlages Klarheit gebracht werden.

Die Demonstration der Wiener Kommunisten gegen den Genfer Vertrag käuflich verlaufen. Aus Wien wird uns gemeldet: Die Kommunisten hatten für gestern nachmittag eine „große“ Demonstration gegen den Genfer Vertrag einberufen, zu der von den einzelnen Bezirken aus Züge marschieren sollten, denen sich auch Kommunisten aus der Provinz anschließen sollten. Die Demonstration ist käuflich ausgefallen. Die Demonstrationzüge aus den einzelnen Bezirken waren sehr klein und aus der Provinz schienen nahezu gar keine Kommunisten gekommen zu sein. Wohl aus dem Orte Schwat ist eine Gruppe von nicht einmal einem Dutzend mit einer Standard vor der Bottdkirche aufmarschiert. Hier waren, die Neugierigen mit eingerechnet, fünf bis sechs-tausend Versammlungsteilnehmer anwesend. Es wurden mehrere Reden gehalten, worin die Sozialdemokraten natürlich beschimpft wurden. Dann zogen die Teilnehmer nicht über die Ringstraße, sondern durch die Laitenstraße zum Rathaus und dann vor das Parlament. Dort zerstreuten sie sich in Ruhe.

Ein Privatissimum aus dem Moskauer Zentral-Exekutivsausschuß. Bei einer der letzten Sitzungen des Zentral-Exekutivsausschuß der russischen kommunistischen Partei hat eines der Mitglieder, Dzerzinskij, schwere Anklagen gegen die Lebensweise bekannter Sowjetführer erhoben. Die Rede wird von der „Rabotschaja Prawda“ abgedruckt und im „Matin“ wiedergegeben. Es wird darin behauptet, daß mehrere hervorragende Mitglieder der Partei ein skandalöses Leben führten, das den Vorschriften der revolutionären Moral und der Würde widerspräche, die von jedem einzelnen der für die Sache der Revolution Kämpfenden zu fordern sei. Das politische Departement hat, wie Dzerzinskij mitteilt, reiches Beweismaterial beigebracht. So erzählt der Ankläger der Versammlung, in der mehrere der Angeklagten persönlich anwesend waren, daß die Mitglieder des politischen Ausschusses des Sektors Preisklistinskij am 29. Juli auf Geschrei und Gesang aufmerksam geworden seien, das aus der Wohnung der Kommissars für Hygiene, Semachko, gedrungen sei. Der Lärm war so stark, daß sich unter den Fenstern zahlreiche Neugierige gesammelt hätten. Der Anführer der Polizei, Putow, gab daraufhin Befehl, den Grund der Aufstörung festzustellen und für Ordnung zu sorgen. Die Vertreter des Zentral-Exekutivsausschußes drangen daraufhin in das Haus ein und fanden hier bei dem Kommissar der öffentlichen Hygiene die folgenden Persönlichkeiten versammelt: das Mitglied des revolutionären Kriegskomitees Slianskij, den Präsidenten des Petroleumkomitees Smilgo, den Kommissar Serebrjakow, die Mitglieder des Kriegskomitees Podolskij und Kassicier, den Vorsitzenden des Moskauer Sowjets Kamenev und den Justizkommissar Stucka. Die Ueber-raschten forderten die Polizei in beleidigenden Ausdrücken auf, sich zurückzuziehen und sich nicht in Dinge zu mischen, die sie nichts angehen. Als die Vertreter der öffentlichen Ordnung ein Pro-

„Ach Gott, ja.“ gröhle Wegger Sveinson, „so war's! . . . Sträbliche Hoffart, d's ist sehr gut gesagt, Herr Vorleser! . . . Sie wollte nicht.“

„Soll ich Anut Martollen, den Büttel, ihr nachschicken, Herr Stadtverordneter Sveinson?“ frug der Richter.

„Ach ne . . . es ist gut so . . . nun seh' ich's klar. Die ist verrückt. Das wäre kein Weib für mich gewesen. Ach nä! Ich lause niemand nach, ich, der Wegger Peter Sveinson.“

Und da lobten sie alle die tüchtige Gfimmung. Nur Ton Grubben sprach: „Aber sie wird erfrieren!“

Peter Sveinson aber schüttelte den Kopf und sprach: „Der Büttel kann auch erfrieren, und das Hemd ist mir näher als der Rod. Sie steht in Gottes Hand.“

Da drückte Pastor Muffen dem Peter Sveinson warm die Hände und sprach: „Welch schönes Christenwort! Ich danke Ihnen! . . . Jawohl, was soll menschliche Hilfe? Das arme Kind steht in eines Mächtigeren Hand, es steht in Gottes Hand. Er ist bei ihr! . . . Amen.“

Peter Sveinson war sehr stolz über das, was der Pastor gesagt hatte, und es kam ihm beinahe vor, als sei er Gott selber, und darum rief er Pächter Martens, daß er ihm noch ein Glas Grog bringen sollte.

Sigrit aber stieg durch die Nacht, an den Fjordwänden h'nan, und sie stieg durch den Birkenwald und arbeitete sich durch die Kiefern, und die Wertwölfe, die über den Weg lauhten, die Schrote, die Reder der Fjords, sie taten ihr nichts zuleide, sie sahen es ja: die geht ur Sonne.

Und Jungfrau Sigrit erkannte in dieser Nacht, daß der Weg zur Sonne durch die Dunkelheit geht; aber Sigrit war mutig und stark, und sie ging nicht irre.

Bald war die kurze, nordische Sommernacht vorbei. Rasch und plötzlich lohete es vom Süden her, einmal, zweimal, dreimal, und Licht ward's. Sigrit stand mit blutenden Füßen und hatte die Hände gefaltet und dachte: Nun würde sie die Sonne sehen.

Aber sie bekam die Sonne noch nicht zu sehen! — Licht ward es wohl, plötzlich Licht, und da sah sie unten im düstern Dämmern ihr Städtchen liegen, und sah nun in jede Straße hinein und in die Hinterhäuser, und sah, wie Richter Rosmers Frau heimlich die Ziegen Ton Grubbens mohl, und Sigrit begriff nun, warum des alten Grubben Ziegen untertags so wenig Milch gaben, und sie sah den Richter Rosmer aus dem Hause von Peter Sveinsons Schwester schleichen, Peter Sveinson aber kam von des Lehrers Frau. Und Sigrit freute sich, daß sie nun hoch über all diesen Leuten steh, und sie begriff, was ihr einst der Schulmeister gesagt hatte: „Hoch, hoch muß die Sonne stehen, um Licht und warm zu sein.“ Sie fühlte es selbst! Hoch stand sie und sah aufs Niedere herob, und es wurde ihr heiß, großend heiß ums Herz.

Sigrit wendete den Blick und den wandernden Fuß und schritt über die Eisfjelde hinauf zu Geirrödh's einsamer Hütte.

So stand der tolle Otter Geirrödhson und steckte vor die Hüttenür den höf'ernen Riegel; und er wunderte sich nicht, daß Jungfrau Sigrit kam; er sagte: „Da drinnen liegt mein Vater, er ist heut nacht gestorben, er wollte die Sonne sehen,

er ist nicht weiter hinaufgekommen. Hier hat er gelebt, hier ist er gestorben. Sein Erbe habe ich angeerbt und habe den Willen und die Kraft. Die Sonne hab' ich gesehen, dort vom Firn des Snäfel herab, ich will wieder hinauf und — bleiben. Denn ich bin jung. Mädchen, du bist allein heraufgekommen zu Otter Geirrödh's Hütte! Komm' mit mir, wie du bist, mit den blutenden Füßen und dem leuchtenden Ate:n. Du sollst die Sonne sehen mit mir!“

Und Sigrit war ein starkes, mutiges Mädchen, und sie ging mit Otter Geirrödhson über die furchtbaren Fjelde und durch die Eisklüfte. Und sie kamen hinauf in die Region, da der Liebensschäfer sein pissiges Lied nicht mehr pfeift, hinauf zur Eisphinz, da das Lungenmoos nicht mehr fortkommen kann, und sie kamen hinauf zum Gipfel des Snäfel, denn Sigrit war ein mutiges, starkes Mädchen.

Und hoch oben auf Snäfel Föful standen sie beide, der tolle Otter Geirrödhson und das Mädchen Sigrit, mitten in Schnee und Eis, und da wards lichter und lichter vom Süden her, und Otters warmes Sonnenberg wurde heiß und Licht, und er nahm Sigrits Hand in die seine.

Da ging in purpurner Pracht die ewige Sonne auf über den Südbergen und sie glühte hinein in die jungen, suchenden Herzen, und der tolle Otter Geirrödhson sprach: „Sigrit, das ist die Sonne, die du erschufest. Sigrit, sperre deine Augen auf, weit auf! Sigrit, die du die Sonne suchtest, kannst du die Sonne ertragen?“

Das Mädchen aber jubelte: „Otter Geirrödhson! Herrlich ist's, die Sonne zu sehen, und du hast sie mir gezeigt!“

Da schlang der tolle Otter seinen Arm um den Nacken Sigrits und sprach: „Danke dir, Sigrit, Kind des finsternen Tales! Danke dir! Wir sahen die Sonne, wir bleiben auf der Höj!“

toloz aufzunehmen wollten, kam es zu heftigem Streit; aus einer Gruppe der Festteilnehmer stiegen Schüsse, die einige der Eingedrungenen verwundeten, die sich nun ihrerseits zur Wehr setzten. Der Redner hob weiter hervor, daß über die Lebensführung des Kommandanten der Roten Armee, Kamenev, und anderer üble Gerüchte im Umlauf seien, die überall geglaubt würden. Es sei ein Geheimnis, aus welchen Hilfsquellen die Mittel flössen, mit denen diese Leute die Kosten ihrer Organe bestritten. Andere mit Namen genannter Persönlichkeiten fröhnten dem Spiel; im Hause Klansky befindet sich eine Spielhölle. Das Zentralkomitee sei immer wieder darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Vorsitzende des Moskauer Sowjets, Kamenev, ein verschwenderisches Leben führe, das bei den Arbeitern lebhaften Anstoß erzeuge. „Kamerad“ Kamenev bewohne zwei Villen, eine von 15, eine andere von 20 Zimmern, und bewirte hier die Mitglieder seiner Familie, die aus der Provinz zu ihm kämen. Er beschäftige Angestellte des Staates in seinen Diensten und erhalte für alle Einwohner seiner beiden Häuser rationierte Lebensmittel, wie Wein und Konerven. Dzerjinsky schloß mit der Aufforderung an das Komitee, diesen Zuständen ein Ende zu machen.

**Der bürgerliche Presselump.** Die Redaktion des Pariser „Matin“ hat gegen die „Humanité“ einen Preßprozeß anstrengt, weil das kommunistische Organ Artikel aus dem Geheimarchiv des zaristischen Ministeriums des Auswärtigen veröffentlicht hat. Aus diesen Artikeln, die aus der Hand des ehemaligen russischen Pariser Botschafters Zivolosky stammen, geht mit zwingender Klarheit hervor, daß die größten Organe der Pariser Presse, „L'Echo de Paris“, der „Temps“, der „Matin“, von der russischen Botschaft regelmäßig Bezüge erhielten, daß sie aber auch den anderen fremden Botschaften, so denen von Oesterreich-Ungarn und der Türkei, für Geld zur Verfügung standen. Diese Artikel wurden von der russischen Sowjetregierung in einem Livre noir (Schwarzes Buch) zusammengefaßt und dann in der „Humanité“ zum Abdruck gedruckt. Der „Matin“ fordert jetzt einen Schadenersatz von 100.000 Franken. Der zu den Kommunisten übergegangene Journalist René Marchand, dem die Sowjetregierung die Bearbeitung dieses Materials übertrug, richtete eine Eingabe an den Vorsitzenden des Gerichts, in der er sich erbötig macht, die Originaldokumente dem Gericht zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig veröffentlicht er neues Material über die Käuflichkeit der bürgerlichen Journalisten und auch darüber, wie in Moskau sich diese prostituierten. Diese Akten, deren Glaubwürdigkeit von niemandem bestritten werden kann, liegen schon seit einiger Zeit in dem genannten Schwarzbuch vor, aber man hat niemals davon etwas gehört, daß die großen bürgerlichen Zeitungen diese der Käuflichkeit überwiesenen Redakteure gemahregelt oder entlassen hätte. Wird dieser Prozeß nicht vertuscht, dann wird man schon einen Blick in die Werkstätte der großen Meinungsfabriken werfen können.

**Eine entsetzliche Tat.** Die Blätter melden aus Kattowitz: Eine Frau hatte ein Schwein um 50.000 Mark verkauft und das Geld auf dem Tische liegen lassen. Das dreijährige Töchterchen steckte das Geld in den Ofen. Als der Vater von der Arbeit heimkehrte und von dem Vorfall erfuhr, ergriff er das Kind, ging mit ihm hinaus und haute ihm beide Hände ab, ohne daß die Frau etwas davon merkte, die inzwischen ihr kleines Kind badete. Als der Mann mit dem Kinde lange nicht zurückkehrte, ging ihm die Frau nach und ließ das Kleine in der Wanne allein. Draußen fand sie ihr Kind im Blute und den Mann erhängt. Als sie in die Stube zurückkehrte, war das Kind in der Wanne ertrunken. Um das Maß des Unglücks voll zu machen, traf die Frau ein Herzschlag, der sie sofort tot zu Boden streckte.

**„Spiel“ mit Taschenmessern.** In Brüg „Spielten“ dieser Tage in den Abendstunden ein paar 18- bis 19jährige Burtschen. Einer von ihnen, Benesch, warf im Spiele sein scharf geschliffenes Taschenmesser gegen eine Mauer mit der offenen Klinge nach vorn. Da stieß einer der Burtschen den 18jährigen Heinrich Kießlinger gegen Benesch. Kießlinger prallte so unglücklich an Benesch, daß ihm die ungefähr 8 Zentimeter lange, scharf geschliffene Klinge des Taschenmessers bis an das Fest in den Unterleib drang und ihn schwer verletzte. Kießlinger, der infolge der Verletzung zusammenbrach, mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

**Vom Stiegegeländer gestürzt.** Kürzlich brachten wir die Meldung, daß in Leipzig der zwölfjährige Schüler Gerhard Podany von einem Stiegegeländer aus den ersten Stock herabstürzte und sich dabei lebensgefährlich verletzte. Podany ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

**Vom völkischen Hochbetrieb in Deutschland.**

Nachdem die Agitation für die Nationalsozialistische Partei auf Schwierigkeiten gestoßen ist, versuchen es die Deutschvölkischen mit der Gründung einer „Großdeutschen Arbeiterpartei“, deren Programm heute vorliegt. Es fordert Zusammenschluß aller Deutschen zu einem Großdeutschen Reich, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain, sowie Kolonien für Deutschland. Alle staatsbürgerlichen Rechte sollen Volksgenossen vorbehalten sein, d. h. Personen, die deutschen Blutes sind; alle nicht Deutschstämmigen sollen unter Fremdenrecht stehen. Der Staat soll in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger sorgen. Stößt denen Ernäh-

rung auf Schwierigkeiten, so sollen die Angehörigen fremder Nationen ausgewiesen werden; das gilt von vorneherein für alle Nichtdeutschen, die seit Kriegsbeginn eingewandert sind. Das arbeits- und mühselose Einkommen soll abgesperrt, die Gewinnberechtigung in den Großbetrieben eingeführt, die Altersversorgung großzügig ausgebaut, die Großwarenhäuser sollen kommunalisiert und an kleine Gewerbetreibende billig vermietet und alle Kleingewerbetreibenden bei Lieferungen ausgiebig berücksichtigt werden. Weiter fordert das Programm Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung der Boden Spekulation. Wucherer und Schieber sollen mit dem Tode bestraft, das römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht ersetzt werden. Andere Forderungen beziehen sich auf die Reform des Volkshochschulwesens, auf die Volksgesundheit und auf Bildung eines Volksheeres. Um die „verruhten politischen Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse“ zu bekämpfen, wird verlangt, daß sämtliche Redakteure und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen; daß nicht-deutsche Zeitungen genehmigungspflichtig sein und nicht in deutscher Sprache fassen gedruckt werden dürfen; daß jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder Beeinflussung von solchen durch Nichtdeutsche gesetzlich verboten werde; daß Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, verboten werden sollten, und daß eine Kunst- und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf das Volksleben ausübe, gesetzlich bekämpft werden. Die neue Partei vertritt nach ihrem Programm den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell zu binden. Sie fordert eine starke Zentralgewalt des Reiches mit unbedingter Autorität und die Bildung von Stände- und Berufsständen zur Durchführung der vom Reich erlassenen Maßnahmen in den Ländern. Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens für die Durchführung dieses Programms rücksichtslos einzutreten. Unter dem Programm stehen die Namen Arne Chvatal, Paul Bieder, Hermann Kreisemann, Karl Fahrtenhorst, Paul Hode und Heinz Roffe. Die „Deutsche Zeitung“ stellt mit Befriedigung fest, daß diese neue Arbeiterpartei sich auf sozial-völkischen Boden stelle, hofft aber, daß die Gründung nicht zu einer neuen Zersplitterung der vaterländischen Kräfte und Kräfte führen, sondern daß diese Partei in entscheidenden Stunden ihre Anhänger in die geschlossene nationale Front einrücken lassen werde. — Der bairische Faschismus ist also um einen Verbündeten reicher.

**Telegramme.**

**Ehrendoktoren Marny und Benesch.** Straßburg, 25. November. (Havas.) Anlässlich der Erteilung des Ehrendoktorats an der Straßburger Universität spendete Dr. Benesch 2000 Franken für die Stipendienzwecke und 1500 Franken als Belohnung für den Autor einer Studie über slawische Fragen.

**Paris, 25. November.** (Havas.) In der Sorbonne wurde heute feierlich die Würde eines Ehrendoktors der Pariser Universität dem Präsidenten Masaryk und dem Minister Dr. Benesch verliehen.

**Eine neue Arbeiterpartei in Italien.**

**Rom, 25. November.** (Tsch. P. B.) Der Ausschuh der italienischen Arbeiterunion hielt in Mailand eine Sitzung ab, in der die Gründung einer proletarischen Arbeiterpartei auf nationaler Grundlage nach dem Muster der englischen Labour Party beschlossen wurde.

**Die Reichstagsdebatten über die Regierungserklärung.**

**Berlin, 25. November (Eigenbericht).** In der heutigen Sitzung des Reichstags wurde die Debatte über die Programmrede Cuno's zu Ende geführt. Ledebour spricht für seine drei Mann starke Gruppe. Er wendet sich hauptsächlich gegen die Sozialdemokraten und behauptet, nur die Angst vor dem Ausbringen der früheren U.S.P. habe die Sozialdemokratie veranlaßt, die große Koalition abzulehnen. In Wirklichkeit bezieht die große Mehrheit, die gegen ein Zusammengehen mit der Volkspartei war, zu gleichen Teilen aus früheren Mehrheitssozialisten und Unabhängigen. An der Rede des Volksparteilers Abg. Stirese man interessiert vor allem die Feststellung, daß sich nicht nur Wirtschaftler, d. h. Industrielle, gegen die Übernahme von Ministerposten getraut haben, weil ihre jetzige Tätigkeit offenbar mehr abwirft, sondern daß auch Berufsdiplomaten die Übernahme des auswärtigen Amtes abgelehnt haben. Genosse Hermann Müller stellt fest, unter welchen Voraussetzungen die Sozialdemokraten ihre Zustimmung zu der Rede vom 13. November erteilt haben. Solange die deutschen Verhältnisse nicht stabil sind, sei von einer Reparationsleistung nicht die Rede. Die Kommunisten beantragten ein Mißtrauensvotum, das abgelehnt wurde. Der demokratische Antrag über die Billigungserklärung wurde mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

**Frankreichs Wiederaufbau durch ausländische Arbeiter.**

**Berlin, 25. November.** Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus Paris: Zur Regelung der Frage der Beteiligung ausländischer Arbeiter beim französischen Wiederaufbau findet gegenwärtig in Paris eine internationale Konferenz statt. Die französischen Gewerkschaften widersetzten sich grundsätzlich nicht mehr der Teilnahme ausländischer Arbeiter, da sie zugeben müssen, daß Frankreich allein hierzu nicht imstande ist. Es soll daher

eine umfassende internationale Organisation geschaffen werden. Vertreter folgender Staaten nehmen an der Konferenz teil: Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, Tschechoslowakei, Ungarn, England, Holland und Luxemburg. Ueber die Hauptfrage ist bereits eine Einigung erzielt.

**Verzicht der Schweiz auf die Genfer Protokolle.**

**Bern, 24. November.** (Schw. Dep.-Ag.) Die Botschaft des Bundesrates über die Beteiligung der Schweiz an der Hilfsaktion für Oesterreich wird binnen kurzem erscheinen. Der Bundesrat beantragt die Beteiligung mit 20 Millionen Franken, ohne aber die Form dieser Beteiligung festzulegen. Er behält sich vollkommen die Kompetenz vor, darüber zu entscheiden, ob die schweizerische Hilfe in Form eines direkten Vorschusses zur Ermöglichung einer Anleihe bei schweizerischen Banken oder durch Uebernahme von Titeln der internationalen Anleihe Oesterreichs zu erfolgen habe. Der Bundesrat verzichtet darauf, die Genfer Protokolle zu unterzeichnen, auch wird die Schweiz nicht an der Kontrollaktion teilnehmen, sondern sich damit zufriedengeben, daß ihr Guthaben durch den Völkerbund garantiert ist und den Schutz genießt wie die Guthaben der anderen partizipierenden Staaten.

**Amerika und das Orientproblem.**

**Lausanne, 25. November.** (Havas.) Der amerikanische Beobachter Child sagte in seiner Erklärung, daß alle Punkte der gegenwärtigen Verhandlungen nach der Ansicht der Vereinigten Staaten ein Ganzes bilden, aus welchem kein Teil herausgerissen werden könne. Die frühere Abkommen der europäischen Großmächte über die Schaffung von Interessensphären, namentlich das Dreierabkommen (zwischen England, Frankreich und Italien vom Jahre 1920), stimmen mit dem Grundgedanken der wirtschaftlichen Gleichberechtigung nicht überein, den die Vereinigten Staaten vertreten. Der Grundgedanke der offenen Türen müsse allgemein anerkannt werden.

**Die Angriffe auf das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.**

Die deutsche und tschechische Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, für welche einige Professoren und Dozenten der tschechischen und deutschen Universität mit ihrem Namen stehen, senden uns eine Bollekt gegen die Angriffe, die auf das am 11. Juli vom Parlament angenommene Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten von verschiedenen Blättern („Rozhodni Listy“ und „Montagsblatt“) gerichtet wurden. Beachtenswert erscheint uns, daß die medizinischen Fachleute auf die Zusammenhänge zwischen der schlechten wirtschaftlichen Lage und der Prostitution hinweisen und scharfe Worte gegen die bestehende Gesellschaftsordnung senden. Die ehrlische Bekämpfung der schwersten sozialen Fehler unserer Zeit muß in einem Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung münden. In dem Artikel heißt es u. a.:

Es wird allgemein behauptet, daß die Geschlechtskrankheiten im Monate September in erschreckender Weise zugenommen haben („Montagsblatt“ vom 16. Oktober 1922). Zahlen werden natürlich nicht genannt und der Leser erfährt auch nicht, wo der anonyme Autor seine Kenntnisse her hat. Tatsache ist, daß es nicht möglich war, in so kurzer Zeit eine verlässliche Erhebung über die Zahl der frisch Angestickten zu erhalten. Wir haben den Versuch gemacht, das für Groß-Prag zu erzielen, mußten aber davon absehen, da das Meldewesen noch nicht vollständig ausgebaut ist. Man könnte nur dann ein klares Bild erhalten, wenn es möglich wäre, von allen Privatärzten, von allen Krankenhäusern, insbesondere Bezirkskrankenhäusern, von allen Spitälern und Kliniken, Sanatorien und dergleichen genaueste Zahlen zu bekommen. Das ist natürlich ausgeschlossen. Aber es wird immerhin einen gewissen Ueberblick geben, wenn wir die Zahlen der an der deutschen und tschechischen Klinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten in Prag behandelten Fälle zusammenstellen. Gewählt wurde die Zeit vom 1. Juli bis 15. Oktober der Jahre 1920, 1921 und 1922, deshalb vom 1. Juli angefangen, weil am 11. Juli das angegriffene Gesetz in Wirksamkeit trat.

**Deutsche Klinik:**

im Jahre:	1920:	1921:	1922:
	Männer:	Frauen:	Männer:
Syphilis	250	112	268
Tripper frisch	238	35	144
chronisch	18	1	3
Geschlechtskreisläuter	89	14	55

Dazu muß bemerkt werden, daß die deutsche Klinik im Jahre 1920 15 Tage gesperrt war, im Jahre 1921 21 Tage und im Jahre 1922 36 Tage.

**An der tschechischen Klinik waren:**

im Jahre:	1920:	1921:	1922:
	Männer:	Frauen:	Männer:
Syphilis	172	166	161
Tripper frisch	111	10	129
chronisch	38	65	43
Geschlechtskreisläuter	64	5	51

Die tschechische Klinik war 1920 überhaupt nicht gesperrt, 1921 10 Tage gesperrt und 1922 nicht gesperrt.

Wir betonen nochmals, daß diese Zahlen nur einer Stichprobe gleichen und absolut keine Schlüsse auf die Wirkung des Gesetzes lassen, aber eines ist sicher: eine Vermehrung der Geschlechtskrankheiten ist in diesem Zeitraume, den die Angreifer des Gesetzes meinen, nicht festzustellen. Dagegen sind andere Umstände vorhanden, welche das gerade Gegenteil beweisen, was aber auch nicht zugunsten des Gesetzes ausgelegt werden darf.

1) Infolge der größeren Arbeitslosigkeit kommen viel mehr Kranke, die sonst in den Krankenhäusern behandelt werden, da sie nunmehr arbeitslos sind, an die Kliniken.

2) An der tschechischen Klinik wurden heuer eigene Sprechstunden für Tripperkranke eingeführt, ein Umstand, der bekanntlich auf den Besuch dieser Sprechstunden sehr günstig einwirkt; und trotz aller dieser den Besuch der Klinik begünstigenden Umstände ist die Zahl der Geschlechtskrankheiten keinesfalls vermehrt.

Damit fällt das hauptsächlichste Argument, mit dem gegen das Gesetz angeämpt wird, in nichts zusammen.

Die Zahl der Geschlechtskranke hat bis jetzt keine bemerkbare Vermehrung erfahren, obwohl die Zahl der Prostituierten zugenommen hat. Diese Zunahme ist aber nicht Folge des Gesetzes, sondern eine Begleiterscheinung der wirtschaftlichen Krise, in der wir leben. Die Verkennung dieser Tatsache spricht für die Naivität derjenigen, die dieses Anwachsen der Prostitution dem neuen Gesetze zur Last legen wollen.

Der Gesundheitszustand der Prostituierten hätte sich jetzt verschlimmert — wird uns vorgeworfen — insbesondere dadurch, daß die bisher geübte Polizeikontrolle in Wegfall kam. Was die Polizeikontrolle wert ist, geht daraus hervor, daß in Groß-Prag im Jahre 1907 insgesamt 434 Prostituierte unter Kontrolle standen; im Jahre 1921 waren deren insgesamt 300, darunter 121 in 21 Bordellen. Weiß man, daß es in Groß-Prag in normalen Zeiten ungefähr 10.000 Prostituierte gibt, dann kann man sich wohl eine Vorstellung machen von dem gesundheitlichen Werte einer Polizeikontrolle, welche nicht mehr wie vier Prozent der Prostituierten umfaßt. Glaubt man wirklich, daß der Gesundheitszustand der Allgemeinheit darunter leiden kann, ob nun diese vier Prozent kontrolliert sind oder nicht? Nur gewissenlose und unwissende Demagogie kann der Bevölkerung einreden, daß ihre Gesundheit von einer derart unvollkommenen Kontrolle abhängig ist.

Das Gesetz soll noch anderes am Gewissen haben: die Prostitution soll zudringlicher geworden sein, man sieht jetzt Prostituierte in Straßenteilen, von wo sie bisher die Polizei ferngehalten hat. Darauf ist nur zu sagen, daß ein soziales Uebel mit Polizeimaßnahmen zwar von einem bestimmten Teil der Stadt ferngehalten, aber nicht aus der Welt geschafft werden kann. Dieser Ruf nach Ordnungspolizei entspringt demselben sozialen Empfinden, welches die Frage der Kriegsinvaliden in der Weise löst, daß es ihnen den Zutritt und das Betteln in den belebtesten Straßen der Stadt polizeilich verbietet! Wir Kerze aber lehnen es entschieden ab, eiternde Geschwüre am Leibe der Gesellschaft zu verbergen, statt sie zu heilen.

Besonders böses Blut hat aber die Schließung der Bordelle erregt. Wir müssen nun hinzufügen, daß vor allem diejenigen darüber sehr erregt sind, die in irgend welcher Weise daraus Nutzen gezogen haben. Dieser Schrei nach Wiedereröffnung der Bordelle ist so klar und eindeutig, daß einen anständigen Menschen nur Ekel überkommen kann vor unserer Gesellschaftsordnung. Man will die Wiedereinführung der Bordelle und damit den weißen Sklavenhandel und die schändliche Ausnutzung verführter, schlecht erzogener und ihrer Weiblichkeit entfremdeter Frauen damit begründen, daß man sich aus der Provinz berichten läßt, ehrbare Frauen und Mädchen seien haufenweise angereuert worden, und in einer großen Garnisonsstadt könne sich selbst in den Spätnachmittagsstunden kein Mädchen und keine Frau auf die Straße wagen („Montagsblatt“ vom 16. Oktober 1922). Euerer Söhne sind es, die ihr schlecht erzogen habt, euerer Männer sind es, die sich nicht zu zügel wissen! Es wären diese Berichte wohl eher ein Grund, die sittenlosen Angreifer scharfzustellen und zur Anzeige zu bringen, als die Wiedereinführung der Bordelle und des weißen Sklavenhandels zu verlangen.

Es hat sich aber noch niemand gefunden, der die guten Seiten des Gesetzes erwaagt hat. Man kann wohl nicht von einem Schlag ins Wasser sprechen, wenn gesetzlich allgemeine Behandlungspflicht, und gegebenenfalls Behandlungszwang eingeführt wurde. Die Bestrafung wissenschaftlicher Uebertragung, das Heiraten Geschlechtskranke und die Vernachlässigung der Behandlung wird unter hohe Strafen gestellt, was bis jetzt bei uns noch nicht der Fall war. Und die Bordelle sind abgeschafft und dem weißen Sklavenhandel ein weites Gebiet entzogen! Es sind kostenlose Behandlungsmöglichkeiten für alle Erkrankte vorgesehen und es ist eine genaue Fürsorge für die krank Gebliebenen in Betracht gezogen. Schon das Erwähnte sollte genügen, um jedem Menschenfreunde klar zu machen, welche bedeutenden Fortschritt das Gesetz darstellt.

Wir sind uns unserer Verantwortung bewußt. Nach jahrelangen Beratungen und Kenntnisnahme der diesbezüglichen Gesetze aller Länder kam ein Gesetz zustande, welches nach dem Urteile von Fachleuten berufen sein soll, im Verlaufe der nächsten Jahrzehnte mit der Pest der

Geschlechtskrankheiten aufzuräumen. Wir bitten die Bevölkerung um Geduld. Man kann die Wirkung eines Gesetzes nicht in den ersten Monaten nach seinem Inkrafttreten beurteilen. Wir möchten aufmerksam, daß die meist anonyme Begegnung das Gesetz nichts anderes bedeutet als für die Rechte der Verdienstlosen und Zulieferer auf uneingeschränkte Ausnutzung der weichen Stellen einzutreten. Und das wird wohl niemand mit seinem guten Gewissen verantworten können. Die Zeiten müssen endgültig vorbei sein, wo die Polizei Vorkonfessionen an Konsumenten oder ihnen nahelebende Leute vergeben hat. Die Vorbefehle sind abgeschafft und der weiche Sklavenshandel verboten, und wir möchten denjenigen, der dafür eintritt, ersuchen, mit seinem vollen Namen zu zeichnen, so wie wir hier mit vollem Namen für unsere gerechte Sache eintreten.

Prag, am 17. November 1922.

Für die Deutsche und Tschechische Gesellschaften zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Dozent Dr. S. Hecht. — Prof. Dr. J. Janowski. — Prof. Dr. A. Kreibitz. Prof. Dr. F. Samberger. — Oberpolizeiarzt Dr. R. Ulrich.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

#### Ein Eingriff in die Autonomie der Krankenkassen.

Wie sehr in der Tschechoslowakei die Gesetze mißachtet werden, lehrt folgender Vorfall: Der Bezirkskrankenkasse in Wigtstadt ist ein Erlass der politischen Bezirksverwaltung in Troppau Land, datiert vom 22. November 1922, zugegangen, worin Bezug genommen wird auf das Ansuchen der Verwaltungskommission der Bezirkskrankenkasse um die Ermächtigung zur Bestätigung von vier ihrer Angestellten zu definitiven Beamten. Die politische Bezirksverwaltung hat dem Ansuchen der Krankenkasse nur insoweit stattgegeben, daß nur zwei der angeführten Beamten zu definitiven Beamten der Krankenkasse zu bestellen. Die Bestellung der beiden anderen wird infolge der durch die jetzige Wirtschaftskrise geminderten Einnahmen der Krankenkasse abgelehnt. Dagegen wird der Krankenkasse vorgeschrieben, einen gewissen Heinrich Mele, Kaufmann in Wigtstadt, einen Tschechen zum Beamten zu ernennen, damit die tschechische Minorität im Gebiete der Bezirkskrankenkasse mit einem Beamten in der Staatssprache verkehren kann.

Zu diesem unerhörten Vorfall seien folgende Feststellungen gemacht: Die Bezirkskrankenkasse in Wigtstadt wurde im Mai 1921 neu errichtet. Die politische Bezirksbehörde hat überhaupt keine Wahl ausgeschrieben, sondern nach bewährtem Rezept einfach eine Verwaltungskommission ernannt. Wir halten einen solchen Vorgang bei Neuerrichtung einer Krankenkasse für ungesetzlich, denn der Vorgang, der bei neuerrichtenden Krankenkassen zu beobachten ist, wird vom § 14 des R.-V.G. ausdrücklich vorgeschrieben. Nach einiger Zeit hat die politische Bezirksbehörde die von ihr eingesetzte Verwaltungskommission wieder abgesetzt und eine neue Kommission bestimmt. Unter den acht Arbeitnehmern gehören fünf der deutschen sozialdemokratischen Partei an, eine offensichtlich Benachteiligung unserer Partei. Nach einiger Zeit hat sich die politische Behörde noch einmal überlegt und hat verfügt, daß in die Kommission auch ein Tscheche aufzunehmen ist, obwohl, wie die Wahlen ergeben werden, in Wigtstadt kein einziger Tscheche in den Vorstand gewählt werden wird, weil die tschechische Minorität daselbst zu klein ist.

Die Bestellung und Entlassung von Beamten gehört nun in die Kompetenz der Verwaltung, beziehungsweise jetzt der Verwaltungskommission. Die Verwaltungskommission der Bezirkskrankenkasse ersuchte am 30. Mai 1922 um die Ermächtigung zur Bestellung der Angestellten zu definitiven Beamten. Die politische Behörde geruht am 22. November, also nach einem Zeitraum von 6 Monaten, zu entscheiden, daß diesem Ersuchen nur teilweise stattgegeben wird. Gemäß § 12 des R.-V.G. ist nur der seitens der Beamten über Vorschlag des Vorstandes von der politischen Behörde II. Instanz zu ernennen. Das klammert die politische Behörde Troppau Land nicht. Sie verfügt also, daß zwei Beamte zu definitiven Beamten bestellt werden dürfen, sie lehnt die Zustimmung in zwei Fällen ab, und zwar mit der Begründung, daß die Einnahmen der Kasse in den letzten Monaten bedeutend gesunken sind und voraussichtlich noch weiter sinken werden, da infolge der jetzt herrschenden Wirtschaftskrise die Kassenmitglieder in niedrigeren Lohnklassen eingereiht werden, andererseits aber die Ausgaben infolge des erhöhten Krankenstandes und der Dauer der Erkrankung im Steigen begriffen sind. Wie während besorgt doch die politische Behörde um die Kasse ist! In demselben Erlass verfügt nun die politische Behörde, daß ein weiterer Beamter zu bestellen ist, und zwar als definitiver Beamter, sie macht die Person namhaft und sie verfügt auch, mit welchem Tag der Beamte einzutreten ist. Haben wir es nicht herrlich weit gebracht in der demokratischen Republik? Es ist uns kein Fall im alten Österreich bekannt, in dem irgendeine politische Behörde es gewagt hätte, in die Autonomie der Krankenkassen beratend einzugreifen, wie es hier seitens der politischen Behörde Troppau Land geschieht. Wir verlangen mit allem Nachdruck, daß die ungesetzlichen Maßnahmen unverzüglich zurückgenommen werden und daß die Wahlen für die Verwaltung der Krankenkasse in Wigtstadt ohne Verfall ausgeschrieben und durchgeführt werden. Wir verlangen

aber auch, daß die Schuldigen entweder wegen Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen, darauf deutet die Berufung auf den § 19 des R.-V.G. in dem Erlass hin, — die Beamten in der politischen Behörde scheinen keine Ahnung zu haben, welche Machtvollkommenheiten ihnen aus dem Titel der Staatsausführung zustehen — oder wegen offenkundiger Mißachtung der gesetzlichen Bestimmungen zur Verantwortung gezogen werden.

**Lohnabbau und Wirtschaftskrise im Freistaat-Gebiet.** In der Paulsdorf-Friedberger Steinindustrie bewegen die Unternehmer die Krise, um die ohnehin geringen Löhne weiter herunterzubrüden. Der Steinarbeiter, der in den besten Zeiten von deutschen Unternehmern nur zwei bis drei Kronen Stundenlohn erhielt, während slowakische Industrielle sieben bis neun Kronen zahlten, soll nun von seinem elenden Lohne noch abbauen. Die Erbitterung ist groß. Da diese armen Lohnslaven nicht einwilligen, wurde allen gekündigt. Streikbrecher werden gesucht. — Der deutschnationale Weichhalm-Kongress geht in Sandhübel-Bielatal in der brutalsten Weise gegen seine Arbeiterschaft vor. Nachdem man alle Arbeiter aufs Pflaster geworfen und nur die notwendigen sogenannten Notstandsarbeiten verrichten läßt, will man von ihnen die Unterschrift eines Reberjes erpressen, in dem sie sich verpflichten, neuerlich in einen Abbau der Löhne und aller Nebengebühren einzuwilligen. Wer nicht unterschreibt, erhält die Kündigung. Der Direktor hat sich in die Büsche geschlagen und der Präsident Vogel waltet seines traurigen Amtes. — Direktor Melzer, Direktor der Eisen- und Drahtwalzwerke in Böhmischdorf, hat die Belegschaft zum größten Teil entlassen, der Rest arbeitet drei Tage. Während in anderen Branchen die Arbeiterschaft durch Refundierung eine Arbeitslohnzubehaltung erhält, lehnt es Melzer strikte ab, seinen Arbeitern diese zu verschaffen. Industriellerverband und Direktor spielen Verstecken, eines schiebt die Schuld auf den andern. Und doch wird von einzelnen Unternehmern ein Refundierungssystem geübt, welches auch den Mitgliedern des Industriellenverbandes absolut keinen Heller Risiko verursachen würde. Nur um seine Bequemlichkeit nicht aufzugeben, läßt man die ärmsten Volksgenossen in Not und Elend verkommen!

**Kongress des französischen Gewerkschaftsbundes.** Der französische Gewerkschaftsbund hält am 29. Jänner in Paris seinen Kongress ab. Der Kongress wird sich mit den nachfolgenden drei Fragen zu beschäftigen haben, die für die französische Gewerkschaftsbewegung von großer Wichtigkeit sind. 1. Die Lage der Arbeiterklasse und die wirtschaftliche Reaktion, a) Verteidigung des Achtstundentages, b) die Monopole, c) das Koalitionsrecht der Beamten; 2. Soziale Versicherung; 3. die wirtschaftliche Reorganisation: a) der Wirtschaftskräfte der U. G. L., b) Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, c) Gewerkschaften, d) Arbeitsvermittlung, e) Verwendung ausländischer Arbeiter in Frankreich. Der Kongress wird sich auch mit den von der Verwaltungskommission vorgeschlagenen Statutenänderungen befassen. Die Vorschläge beziehen sich auf die Regelung der Streiks, die Organisation der Propaganda, die Tätigkeit der Bezirksverbände und die Einhaltung der Kongressbeschlüsse.

### Deuienturse.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin . . . . .	Edw. Brand 6'16.85
Wien . . . . .	Maer 226.93
Wien . . . . .	Maer. Kr. 2280.00

### Bärischer Schlussturse.

Berlin . . . . .	007.12	Paris . . . . .	3852.00
Wien . . . . .	000.74	Nürnberg . . . . .	25' 00
Prag . . . . .	16.85	Hamburg . . . . .	022.50
Dresden . . . . .	21' 25	Berlin . . . . .	740.00
Amst. . . . .	1.87	Warschau . . . . .	0'01.25
London . . . . .	24.15	Wien . . . . .	0'00.10

### Hardenberg.

Zur hundertsten Wiederkehr seines Todestages am 26. November.

Karl August von Hardenberg war am 31. Mai 1750 zu Essenroda im Hannöverschcn geboren. Im Dienst seines Heimatstaats Hannover war er am Kammergericht zu Weimar und dann in Holland tätig gewesen, darauf in braunschweigische Dienste getreten. Hier erhielt er den Auftrag, das beim Herzog von Braunschweig hinterlegte Testament Friedrich des Großen an den preussischen Hof zu bringen, und Friedrich Wilhelm II., der ihn so kennen lernte, empfahl ihn an den Markgrafen von Ansbach-Bayreuth. Gemeinsam mit diesen sämtlichen Fürstentümern kam Hardenberg, nachdem der Markgraf die Regierung niedergelegt hatte, zu Preußen; er trat, die Verwaltung des neuen Landes beibehaltend, ins preussische Staatsministerium ein. Hier wuchs sein Einfluß und dehnte sich bald weit über seinen bisherigen Wirkungskreis aus. Die Idee des Wiederaufbaus Preußens und Deutschlands zugleich entstand in ihm, und er erkannte früh, daß dies nur im Gegensatz zu Frankreich und zu Napoleon durchgeführt werden könne. Aber er konnte diese Bahn nicht in gerader Richtung verfolgen; wie Preußen in diesen schrecklichen Jahren immer wieder in seiner Stellung zu Frankreich zwischen Bündnis und Auflehnung hin- und hergeworfen wurde, so verließ auch Hardenbergs Weg zwischen Vorwärtstreben und inneren Rückschlägen, ganz abgesehen davon, daß ihm die Gegnerschaft des Imperators der seine wahre Gesinnung wohl erkannt hatte, mehrfach zum gänzlichen Ausweichen aus seinen Stellungen zwang. Diese Politik des Notgedrungenen hin und

her war selbst dann noch nicht abgeschlossen, als Hardenberg im Jahre 1870 zum Staatskanzler berufen wurde. Aber in dieser Zeit setzte dafür die glänzende Periode seiner inneren Wirksamkeit ein, mit der er, das von Eicm Begonnene weiterführend, das, was außenpolitisch noch nicht zu ermöglichen war, den Kampf gegen Napoleon, auf glückliche Weise im Innern vorbereitete. Auf die Aufhebung der Erbuntertänigkeit, der Gebundenheit des Grundbesitzverkehres und der Berufswahl und auf die Städteverordnung folgte jetzt die Beseitigung der gesamten Kunstverfassung und die Einführung der unbeschränkten Gewerbefreiheit für Stadt und Land, die Emancipation der Juden und die Regulierung der Besitze etc. durch welche die Bauern gegen die Abtretung eines Teils ihres Landes das volle Eigentumsrecht erlangten. — Nachdem der russische Feldzug Preußen wieder die Möglichkeit freier Bewegung gegeben hatte, hatte Hardenberg mit Entschiedenheit an der politischen Vorbereitung und Durchführung des Krieges gearbeitet. Er zog mit den Verbündeten in Paris ein und empfing hier den Fürstentum. Wo in den nächsten Jahren über die Geschicke Europas verhandelt wurde, bei allen Beratungen und Kongressen, lag die Führung der Verhandlungen auf preussischer Seite in den Händen Hardenbergs. Aber der weiche und konfliktante, leicht zu beeinflussende und eifersüchtige Regenten gegen seine Mitarbeiter nicht unzugängliche Aristokratie befehligte nicht die innere Härte, vielleicht auch nicht mehr die Kraft und den klaren Willen, sich der Mächte des Rücktritts zu erwehren, die sich jetzt lähmend auf Europa lagerten. Auch in Preußen wurden die gegebenen Versprechungen nicht erfüllt. Und als der Staatskanzler, zum Kongress von Verona nach Italien gekommen, in Pavia erkrankte und am 26. November 1822 in Genua starb, war dies kein Ereignis, das für die politische Lage Europas, für das die Epoche der Reaktion noch lange nicht abgeschlossen war, noch entscheidend ins Gewicht gefallen wäre.

### Kunst und Wissen.

**Vorlesung Dr. Rudolf Lyroll.** Donnerstag haben die Prager nach längerer Pause Dr. Lyroll in seiner Lieblingsrolle als Scholaster in Angengrubers „Dierem Gebot“ und Freitag las der gelehrte Schauspielers seinen Vortrags in dichtgefügten Urania-Saale vor. Man kann Theaterstudium und 48-jährige Bühnentätigkeit auch am Vorlesetisch nicht verleugnen; aber es war gute und wirkungsvollere Kunst, die der Vortragende anerkennen wie an heiligeren Vortragsstunden bewies. Die Auswahl des Stoffes, die Dr. Lyroll getroffen hatte, zeugte nicht nur von der richtigen Abgrenzung seines Wirkungsbereiches und von gutem Geschmack, sondern im ersten Teile auch von einem tiefen sozialen Gefühl des Vortragenden. Gleich das Eingangsstück „Der verzierte Terno“, von Peter Rosegger, brachte die edle Liebe zweier Proletarier, des armen Weber-Franz, des Vaters von Robert Hamerling, und seines Weibes zu ergreifendem Ausdruck. Das Gedicht eines jungen niederösterreichischen Autors: „Der kleine Frühling“, schilderte die kargliche Freude einer armen Frau, die, um doch wenigstens etwas vom blühenden Frühling zu haben, für sich und ihre blasse Großstadtkind einen Willensweig kauft. Theatralisch vorgetragen, rührte das nächste Gedicht: „Die Sträflinge von Wildgans“, an die tiefen menschlichen Gefühle. Unübertrefflich war die Darstellung der „Unangenehm“ von Schögl, wie ja überhaupt im Dialekt geschriebene Prosastücke und Gedichte Dr. Lyroll am besten liegen. Diesen Eindruck hat die letzte Abteilung, die ausschließlich Dialektdichtung enthielt, bestätigt. Den schlichten, lebenswichtigen Menschen, frei von dem Dünkel vieler Komödianten, welche heutzutage nur die Zeitungskolonne bürgerlicher Traktatblätter zu „Künstlern“ stampelt, enthielten die „Gastspielepisoden“, in welchen Dr. Lyroll eigene Lieblinge zum besten gibt. Er ist trotz seines hohen Alters ein junger Repräsentant echter Wiener Bühnenkunst aus vergangenen Tagen geblieben. Das Publikum sagte ihm für den Genuß, den seine Vorlesung bot, durch herzlichen und reichen Beifall Dank.

**Neues Theater.** Heute Sonntag halb 3 Uhr Arbeiter-Vorstellung. Gastspiel Lyroll-Gebauer „Das vierte Gebot.“ Abend: „Brand des Lucullus“. Montag „Albin“. Dienstag „Michael Aramer“. Mittwoch „Freiwillig“. Donnerstag Premiere „Der Blaubart“. Freitag zum 1. mal „Clarissa halbes Herz“. Samstag „Trefler-Offenbach“. Sonntag nachm. Kammermusik „Blauer Magazur“. Abend: „Blaubart“.

**Kleine Bühne.** Montag „Bauwau“. Dienstag „Brand im Opernhaus“. Donnerstag „Bauwau“. Freitag „Verbandsvorst“. „Watermord“. Samstag „Clarissa halbes Herz“. Sonntag nachm. „Der müde Theodor“. Abend: „Clarissa halbes Herz“.

**Wilhelm Bölsche in der Urania.** Mittwoch, den 29. d. um 8 Uhr „Das Geheimnis der Wilmierz“ mit 48 teils farbigen Lichtbildern. Bölsche sprach jetzt in Berlin Reichenberg, Brünn, Olmütz und voriges Jahr in Prag mit größtem Erfolg.

### Der Film.

**Kinovorstellung des Volkshilfsvereines „Urania“.** Dienstag wurde zur Feier von Gerhart Hauptmanns 60. Geburtstag im Bio „Alma“ „Canale Raters Himmelshart“ vorgeführt. Eingeleitet wurde der Abend mit einer Würdigung des Dichters durch Prof. Dr. Oskar Frankl, der in warmen Worten das Schaffen und Wirken des Dichters erläuterte und sehr interessante Lichtbilder, Photographien des Dichters aus den verschiedenen Lebensaltern, Porträts von dessen Eltern und schöne Aufnahmen aus des Dichters prächtlichem Heim zeigte. Dann gelangte das Traumpiel „Sommer-

Himmelshart“ zur Vorführung, dem für den Kinogebrauch eine Vorgeschichte angefügt wurde. Die Kinder- und Engländer wurden, von Prof. Besen in bekannt exakter Weise geleitet, von Präzidentinnen der Lehrerinnenbildungsanstalt geleitet. Der Film hielt sich im großen ganzen an die Bühnenaufstellung und bringt gute Typen und gelegentlich hübsche Bilder. Das Kino war sehr gut besucht. Das zahlreiche Publikum dankte dem Vortragenden durch herzlichen Beifall. R. A.

### Literatur.

**Gesetze über die Unfallversicherung der Arbeiter** (Prager Archiv, Prag, Jankla 12. Preis 22 K.). In der Sammlung „Sozialversicherung“ des „Prager Archivs“ veröffentlicht als zweiten Band der ehemalige Direktor der Arbeiterunfallversicherungsanstalt in Prag, Dr. Robert Marschner, eine Zusammenstellung aller in der Tschechoslowakei gültigen Gesetze und Verordnungen über die Unfallversicherung der Arbeiter. Die vielen Veränderungen, die an einzelnen Bestimmungen des Gesetzes vorgenommen wurden, und die Novellen aus den Jahren 1917, 1919 und 1921 sind hier zum erstenmal in den Text eingearbeitet, so daß der Raschende sofort klare Auskunft findet. Der Wert des Buches wird durch die Aufnahme der hierhergehörigen Verordnungen und jener Bestimmungen bedeutend erhöht, die in der Slowakei und in Karpathenland Geltung haben. Auch die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes und die Ministerialerlasse sind aufgenommen, die Einsetzung Dr. Marschners gibt über alle einschlägigen Fragen erschöpfend Auskunft. Gewerkschaftsfunktionäre und Vertrauensleute in Betrieben werden den handlichen, gut ausgestatteten Band nicht entbehren können. —

### Arbeiterbewegung.

#### Die Sozialisten in den amerikanischen Wahlen.

Erst jetzt sind die ersten amerikanischen Zeitungen angekommen, die über die Wahlen vom 6. November, wenn auch nur teilweise, berichten. Der bisherige einzige sozialistische Abgeordnete des Repräsentantenhauses Meyer London, der einen Bezirk New Yorks vertrat, ist gegen den demokratischen Bewerber unterlegen. Dafür aber gelang es Viktor S. Berger in Milwaukee, im Staate Wisconsin, sowohl den republikanischen als auch den demokratischen Kandidaten zu besiegen. Er wurde mit 29.833 Stimmen gewählt und wird als einziger sozialistischer Vertreter in das Repräsentationshaus einziehen. In dem anderen Bezirk von Milwaukee erhielt der sozialistische Kandidat Melms 18.392, sein republikanischer Widerpart 19.195 Stimmen. Bekanntlich wurden am selben Tage nicht nur Abgeordnete und Senatoren, sondern auch die Gouverneure der einzelnen Staaten und alle führenden Beamten gewählt, außerdem die Mitglieder der Parlamente der einzelnen Staaten. In das Parlament des Staates Wisconsin wurden diesmal 13 sozialistische Abgeordnete gewählt, früher waren es nur neun. Zum Gouverneur des Staates wurde der sozialistische Kandidat Louis A. Arnold mit 28.697 Stimmen gewählt. Auch für alle anderen hohen Beamtenstellen brachten die Sozialisten ansehnliche Minoritäten auf, die sich zwischen 30.000 und 40.000 Stimmen bewegen. Jedenfalls zeigen diese Teilergebnisse, daß die sozialistische Bewegung nicht so restlos verschwunden ist, wie es die offiziellen Telegramme dargestellt haben. Allerdings muß bemerkt werden, daß Milwaukee eine Stadt mit starker deutscher Bevölkerung ist, und daß es zu den wenigen Gebieten der Vereinigten Staaten gehört, in denen die sozialistische Bewegung schon von lange her eine gewisse Rolle gespielt hat. Die Partei verfügt dort über ein großes Tagblatt „Milwaukee Leader“, dem auch diese Daten entnommen sind.

### Aus der Partei.

**Sozialorganisation Prag VII.** Freitag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr im Lokale „U Akademie“: Diskussionsabend über aktuelle politische Tagesfragen.

**Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.** Montag, den 27. November, 8 Uhr abends, Sitzung der Bezirksverwaltung im Verein deutscher Arbeiter, Smetzkagasse.

### Bereinsnachrichten.

#### Urania.

Heute 4 Uhr. Erster Vortrag in der Reihe: „Die okkulte Welt“ (5 Vorträge). Vortrat Heinrich Meinhuber: „Die Welt des Ueberfinnlichen“ (Einführung in das metaphysische okkulte Gebiet.) Mit hochinteressantem Licht. Zyklostarken für alle 5 Vorträge 20 K., Mitgl. 15 K. Jeder Vortrag (Eingelprete) 5 und 4 K. — Halb 5 Uhr. (Al. Saal.) „Mutter und Kind“ (Gedichte aus alter und neuer Zeit.) Fr. Schoder-Vidnowsky-Oera. — 7 Uhr „General Goldschein“. Aufführung des D. Dilettantenvereines zugunsten der Urania-eintichtungen. Mitgl. Erm.

Montag 8 Uhr. „Kinderpsychologie“ Fr. Prof. Pollat-Ditrich. Karten 2 und 3 K. — 8 Uhr 15 Min. „Hauptströmungen der deutschen Literatur“ (Mit Reg.) Prof. Dr. Erwin Klein. Karten 2 und 3 K. — 8 Uhr. „Eigene Dichtungen“ von Rudolf Haas. Karten zu allen Veranstaltungen Urania-Konglei 9-1 und 3-7 Uhr Smetzkagasse 22.

